

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2,50 Mark. Postamt. Wiegert. In der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6842.

Druckkosten-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Bestehen über diesen Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Sonntags für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst S. Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 24. November 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### In die Parteigenossen!

Aus den Kreisen der Delegierten auf dem Parteitag ist mehrfach der Wunsch geäußert und auch ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt worden, den dem Parteitage unterbreiteten Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Fraktion in Separatabdrücken herzustellen zu lassen und den Parteigenossen zur Agitation zur Verfügung zu stellen.

Um diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen, richten wir an die Genossen das Ersuchen, sich darüber schlüssig zu machen, ob und in welcher Zahl sie den parlamentarischen Bericht zur Verbreitung bringen wollen. Sobald die Genossen ihren Beschluß gefaßt haben, bitten wir umgehend Nachricht darüber an das Parteilabor zu senden.

Berlin SW., Rahbachtstraße 9,

gelangen zu lassen. Der Selbstkostenpreis des Berichtes beträgt 4 M. pro Tausend Exemplare. Für die Kreise, welche über die notwendigen Mittel nicht verfügen, wird die Proschüre unentgeltlich geliefert.

Der Bericht ist in einer Reihe von Parteilablättern bereits zum Abdruck gelangt und wird auch in das Protokoll des Parteitages aufgenommen werden. In Kreisen, wo diese Verbreitung genügt, werden die Genossen wohl von selbst auf die Verbreitung des Extra-Abzuges verzichten.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, den 23. November 1892.

Der Parteivorstand.

### Zum Parteitag.

II.

Die greisliche Deutschnähe und rückgratlose Erbarmlichkeit unserer Bourgeoisie offenbart sich in wahrhaft klassischer Weise bei der Beurteilung unseres Parteitages. Im niederschmetternden Bewußtsein ihrer Unfähigkeit, die Sozialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen, zieht die Bourgeoisie ihre letzte Hoffnung auf die Sozialdemokratie selbst, die ihr den Gefallen thun werde, sich mit eigener Hand, durch innerlichen Zwist und Krieg, ums Leben zu bringen — wie unsere Bourgeoisie seiner Zeit, während des großen Konflikts, von dem Fürsten Bismarck erwartete, daß er vor ihrer „fittlichen Entzweiung“ das Feld räumen und sich „moralisch vernichten“ würde.

Der Berliner Parteitag, so jubelt jetzt zähnelappernd die Bourgeoisie — oder sagen wir lieber die Presse der kapitalistischen Parteien, von der „Kreuz-Zeitung“ und „Germania“ bis herunter zur „Freimüthigen Zeitung“ — der Berliner Parteitag hat den Beweis geliefert, daß die sozialdemokratische Partei aufgehört hat, revolutionär zu sein; sie ist verspießbürgert; die Führer sind „Revolutionäre im Schlafrock und Pantoffeln“, „latte Existenzen“ mit aus-

geprägtem Ruhebedürfnis — die Massen sind enttäuscht, sie haben ihre Rechnung nicht gefunden, und die Folge wird sein, daß die meisten sich ganz aus der politischen Bewegung zurückziehen oder in anderen (bürgerlichen) Parteien aufgehen, und der Rest mit um so intensiverem, wilderem Fanatismus in die anarchischen, unabhängigen Sturmfluth sich stürzen und, mit dem Muthe der Konsequenz, welcher den alten Führern abhanden gekommen ist, zur Taktik Navachol greifen wird.

Das ist ungefähr der Gedankengang, wenn man das Wort Gedanken auf solche gedankenlose Salbaderei anwenden kann. Unausgesprochen bleibt der Hintergedanke, daß es eine Kleinigkeit ist, den Navachol und die Navachols um einen Kopf kürzer zu machen, daß aber Millionen und Millionen stets nachwachsender Köpfe abgeschlagen werden müßten, um der Sozialdemokratie das Lebenslicht auszublasen.

Worauf gründet nun die kapitalistische Presse ihre Legende von der verspießbürgerten, harmlos gewordenen Sozialdemokratie? Auf die ruhige, geschäftsmäßige, praktische Haltung des Kongresses.

Daß Ruhe der Haltung ein Beweis von Stärke und Gesundheit und daß die geschäftsmäßige und praktische Behandlung konkreter Fragen ein Zeichen der Reife ist, das kommt diesen knieschlotternden Einnahmen nicht in den Sinn.

Was sie tadeln, ist gerade das, was zum höchsten Lobe gereicht: die Emanzipation von der Phrase. Hätten die Hans Müller, Hans Moste, und sonstigen Handwärter auf unserem Parteitag das große Wort geführt, so hätte die Bourgeoisie freilich alle Ursache gehabt, sich ins Häuschen zu lachen. Die Wichtigkeit der Rolle, welche die Phrase in einer Partei spielt, steht genau im umgekehrten Verhältnis zur Macht und Tüchtigkeit der Partei. Eine Partei, die in der Luft steht, sucht naturgemäß ihre Ohnmacht hinter tönenden Phrasen zu verbergen — und die Luft ist so geduldig, wie das Papier. Eine Partei, die gleich der unseren mit Millionen von Wurzelfasern im Boden der Wirklichkeit, in den realen Elementen des Staats und der Gesellschaft haftet und aus ihnen ihre Kraft saugt, hat zu arbeiten, nicht zu schwärzeln; und je größer die Arbeit, desto geringer die Zeit und die Lust zu Phrasen. Wer Kraft betätigt, hat nicht zu betheuern, daß er Kraft hat. Und wer „die Gesellschaft“ in Wahrheit umgestalten will, und die Umgestaltung vorbereitet, wird nicht in der geschwägigen Genußsüßigkeit leben, die gaderet und gaderet, so oft sie ein Ei legt, und wäre es auch nur ein Winder. Die Phrase ist unmännlich, und sie ist verwirrend. Denn jede Phrase ist elastisch — alles Mögliche läßt sich in sie hineinpressen. Eine Partei der Aktion, des klaren, bestimmten, zielbewußten Handelns kann unmöglich eine Partei der Phrase sein — eins schließt das andere aus.

Und daß die deutsche Sozialdemokratie dem Knabenalter der Phrase entwachsen ist und, statt in der Luft zu schweben, die festen Hebelpunkte bietet, auf der Erde den

Kampf kämpft, und auf dem Felsen unerschütterlicher Thatfachen den Hebel ansetzt, mit welchem die Welt des Kapitalismus aus den Angeln gehoben wird — das nennt die impotente Flachheit dieser kapitalistischen Presse: Verspießbürgertum der Sozialdemokratie.

Das deutsche Verspießbürgertum, das der deutschen Sozialdemokratie vorwirft, sie sei verspießbürgert, ist übrigens ein Bild von so überwältigender Komik, daß wir um der Erheiterung willen den Blödsinn gerne verzeihen. Bemerkte sei nur noch, daß der nämliche späßhafte Vorwurf, der uns heute, als einer von ihrer Vergangenheit abgefallenen Partei in den Organen der Kapitalistenklasse gemacht wird, bereits — und zwar in fast wörtlich den nämlichen Ausdrücken — uns schon einmal, und zwar zur Zeit unserer heißesten leidenschaftlichsten Jugend, Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre gemacht wurde — von dem königlich preussischen Staats- und Regierungssocialisten Herrn von Schweizer. Auch er bezeichnete uns als eine „Partei von Verspießbürgern“ — weil wir die revolutionäre Demokratie nicht auf dem Altar des Polizeisocialismus opfern wollten.

Und, abgesehen davon, daß der Parteitag sich nicht in blutrünstigen Phrasen berauschte — wodurch insbesondere soll er seine „unrevolutionäre Gesinnung“ verrathen haben? Hauptsächlich durch den „spießbürgerlichen, ängstlichen Beschluß“ in Sachen der Maisfeier. Man läßt sogar die französischen Sozialdemokraten gegen uns aufmarschieren und durch sie uns „des Abfalls von dem internationalen revolutionären Programm“ anklagen. Doch lehteres gelogen, ward schon erklärt. Die französischen Sozialdemokraten kennen sehr wohl die Verschiedenheit der deutschen und der französischen Verhältnisse und sie wurden auf ihrem letzten Kongress — in Marseille — durch den Delegierten der deutschen Sozialdemokratie überzeugend belehrt, daß unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen ein der Bourgeoisie abgetrocknetes allgemeines Feiern der Arbeit in Deutschland unmöglich ist, und einen Konflikt schaffen würde, der nur mit einer schweren Niederlage und Schädigung der Partei endigen könnte.

„Ja, da gebt Ihr es ja zu, daß Ihr den Kampf fürchtet, und daß Ihr aus Angst vor der Bourgeoisie von der Arbeitsfeier absteht!“

Aber wann hätten wir denn jemals die wirtschaftliche Uebermacht der Kapitalistenklasse bezweifelt? Ist nicht diese erdrückende Uebermacht eben der vornehmste Grund, warum wir den Kapitalismus bekämpfen? Nicht das Vramardasiren der Herrn Bourgeois, die sich da vorlägen, ihre „tapfere Haltung“ vor dem 1. Mai 1890 hätte den internationalen Feiertag der Arbeiter „verhindert und unterdrückt“ — hat den Kongress zu seinem Beschluß veranlaßt; es konnte uns bloß ein mitleidiges Lächeln abgewinnen. Nein, einzig die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage.

Deshalb eine Schlacht annehmen, weil die hinter den Hochgehöhen der Polizei und im Schatten der Bayonnette

### Feuilleton.

Verdruck verboten.

21

### Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Er blieb lange, da er zeigen wollte, welches Vergnügen ihm ihre Nähe bereite, und als er schied, fragte er noch einmal:

„Es gilt also: wir sind Freunde?“

„Ja, es gilt.“

Da er den Eindruck wohl bemerkt hatte, den sein Kompliment vorher bei ihr gemacht hatte, so sehte er zur Verstärkung hinzu:

„Und wenn Sie jemals Wittwe werden sollten... so schreibe ich mich ein.“

Dann ging er eilig fort, um ihr nicht erst die Wahl zu lassen, darüber böse zu werden.

Ein Besuch bei Frau Walter war Duroy ein wenig peinlich, denn er war noch nicht zu ihr eingeladen worden, und er wollte seine Unsicherheit begeben. Der Herausgeber behandelte ihn aber mit Wohlwollen, erkannte seine Leistungen an und verwendete ihn mit Vorliebe zu schwierigen Aufgaben; weshalb sollte er also nicht im Vertrauen auf diese Gunst einen Versuch wagen?

Er stand deshalb eines Tages zeitig auf und ging in die Markthalle, als sie eben eröffnet wurde. Er wandte sich Franks an und versorgte sich mit zwei Duzend ausgezeichneter Birnen. Sorgfältig verpackte er sie, um den Gläubigen zu erwecken, als kämen sie weit her, in einen Korb

und gab sie beim Portier des Walter'schen Hauses ab. Er fügte seine Karte bei, worauf er geschrieben hatte:

Georges Duroy

Bittet Frau Walter ergebenst, einige Früchte anzunehmen, die er heute Morgen aus der Normandie erhalten hat.

Am nächsten Morgen fand er in seinen Briefkasten auf der Redaktion ein Rouvret, worin als Erwiderung die Karte der Frau Walter steckte, die Herrn Georges Duroy herzlich danke und jeden Sonnabend zu Hans sei.

Am folgenden Sonnabend gehörte er dieser Einladung.

Herr Walter bewohnte ein eigenes Haus auf dem Boulevard Malesherbes, ein sogenanntes Doppelhaus, von dem er als praktischer und sparsamer Mann den einen Theil vermietet hatte. Nur ein Portier war vorhanden, der in seiner Loge zwischen den beiden Portalen hauste und Wirth und Miether die Thür öffnete. Aber dieser Portier verließ mit seiner würdigen Haltung, die an die eines Kirchendiener's erinnerte, seinen dicken Waden, die in weißen Strümpfen steckten und seiner Livree mit goldenen Knöpfen und scharlachrothen Aufschlägen jedem der beiden Thore ein palastartiges, vornehmes Aussehen.

Die Empfangszimmer lagen im ersten Stock. Man gelangte zu ihnen durch ein Vorzimmer, das mit Wandteppichen ausgeschlagen und durch Portiören abgetheilt war. Zwei Diener wickten auf Stühlen. Der eine nahm Duroy den Ueberrock ab, der andere bemächtigte sich seines Stockes, öffnete eine Thür, ging dem Gast einige Schritte voraus, trat zur Seite, ließ ihn vorbeisprechen und rief dabei seinen Namen in ein leeres Zimmer hinein.

Bewirrt sah sich der junge Mann nach allen Seiten

um und erblickte endlich in einem Spiegel Leute, die sehr entfernt davon zu sitzen schienen. Er irrte sich zunächst in der Richtung, der Spiegel hatte sein Auge verwirrt, dann schritt er noch durch zwei leere Salons und gelangte endlich in eine Art kleines Boudoir, das mit blauer Seide mit goldenen Knöpfen ausgeschlagen war. Dort saßen vier Damen um einen runden Tisch, auf dem Theetassen standen und plauderten mit halblauter Stimme.

Duroy fühlte sich trotz seiner Sicherheit, die ihm sein Aufenthalt in Paris und besonders sein Reporterberuf verschafft hatte, der ihn beständig mit hervorragenden Persönlichkeiten in Verührung brachte, durch die Art des Empfanges und den Gang durch die leeren Salons ein wenig eingeschüchtert.

Er stotterte: „Ich habe mir erlaubt, gnädige Frau...“ während sein Auge die Herrin des Hauses suchte.

Sie reichte ihm die Hand, die er mit einer Verbeugung nahm, und während sie sagte:

„Sehr liebenswürdig von Ihnen mich zu besuchen,“ lud sie ihn mit einer Handbewegung ein, Platz zu nehmen. Er wollte sich setzen, aber er fiel fast in den Sessel hinein, den er für höher gehalten hatte.

So lange hatte Schweigen geherrscht. Jetzt begann eine der Damen zu reden. Sie sprach vom Frost, der strenger geworden war, aber doch nicht streng genug, um der Typhusepidemie ein Ende zu machen und die Schlittschuhbahnen zu eröffnen. Die eingetretene Kälte wurde nun zum allgemeinen Gesprächsthema. Dann kamen die Vorzüge der einzelnen Jahreszeiten an die Reihe, und all die platten Nebenarten wurden gewechselt, die wie der Stand durch die Zimmer durch das Gehirn ziehen.

Ein leichtes Thürgeräusch veranlaßte Duroy, den Kopf zu wenden, und er sah durch zwei Spiegelgläser eine dicke



aneres herlichen Kriegsheeres sich sicher fühlende Bourgeoise, und durch ihr provokatives Verhalten in einen Hinterhalt, in eine Falle zu locken sucht — deshalb eine Schlacht annehmen, das wäre verbrecherische Thorheit. Wir schlagen unsere Schlachten, wann es uns beliebt, und nicht, wann den Feinden. Jedenfalls nehmen wir keine Schlacht an, die nur dem Feinde den Sieg bringen kann.

In Oesterreich und Frankreich liegen die Verhältnisse anders. Dort sind am 1. Mai Manifestationen möglich ohne die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung. In Deutschland nicht. In Deutschland wäre die allgemeine, oder wenigstens weit umfassende Aussperrung unvermeidlich.

Und unter den obwaltenden Umständen und angesichts einer wahrlich einlichen Reichstagsauflösung im Frühjahr eine allgemeine Aussperrung herbeiführen — das wäre Tollheit, das wäre Verrath an der Partei.

Der Parteitag hat seinen internationalen Verpflichtungen vollauf genügt, indem er am 1. Mai festhielt, er hat die Interessen der Partei gewahrt, indem er sich gegen das erzwingende allgemeine Friern der Arbeit aussprach, und er hat denjenigen Genossen, welche in der Lage sind, den ersten Mai in weitem Maße, als durch Versammlungen am Abend, zu feiern, oder auch einen Theil der Feier am ersten Sonntag des Mai zu begehen, von vornherein seine Zustimmung gegeben.

Der 1. Mai 1898 wird gefeiert werden, und die Zahl der Theilnehmer wird massenhafter sein, als in den drei letzten Jahren — entsprechend dem Wachsthum der Sozialdemokratie.

Und unsere Bourgeoise wird nächstes Jahr beim Nahen des 1. Mai das Bitterste noch ärger haben, als in den drei Jahren vorher. Diese bankrotte Gesellschaft hat den Glauben an sich verloren.

## Die neue Militärvorlage.

Berlin, den 23. November.

Der letzte der vielen Schleier, mit denen die Militärvorlage gestülptlich umhüllt war, ist gefallen — weggezogen von dem Herrn Reichskanzler selbst, heute in der ersten Sitzung des für die Session konstituirten Reichstags.

Das Unglück verfolgte den Herrn Reichskanzler auch bei dieser Gelegenheit. Ehe er zu der feierlich angekündigten Rede das Wort ergriff, brachte der nationalliberale Einflüßer Abgeordneter Petri eine Interpellation einbringlich der jüngsten Soldatenschere in Straßburg. Das Schlaglicht, welches durch den Inhalt der Interpellation auf den Militarismus und den militärischen Geist geworfen ward, brachte das zu entscheidende Bild von Sais in eine möglichst ungünstige Beleuchtung. Für ein System, das solche Früchte trägt, eintreten und ungeheures Renopfer fordern — das war keine leichte Aufgabe, das war ein gewaltiges Erschweriß der ohnehin erdrückend schweren Aufgabe.

Und Herr von Caprivi hat die Aufgabe nicht gelöst — das wird er selber sich sagen nach der eifigen Stimmung des Reichstags, dem selbst Kraftworte, wie: „das es die höchste Ehre des deutschen Namens ist, fürs Vaterland die Waffen zu tragen,“ keinen Ausbruch patriotischer Sympathie zu entlocken vermochten.

Der Grundwiderspruch, an welchem die rednerische Anstrengung des Herrn von Caprivi scheiterte und scheitern mußte, war, daß er in e i n e m Athem die Friedlichkeit und die Gefährlichkeit der Weltlage zu betonen genöthigt war. Die Deutschen wollen den Frieden, die Franzosen wollen den Frieden, der russische Zar — dem ein wahrer Dithyrambus gewidmet ward — will den Frieden. Und wir haben den Dreieind. Aber es sind „unwägbar Elemente in der Luft“, die uns bedrohen und unsere militärische Machtstellung unzureichend erscheinen lassen.

Auf diese „unwägbar Elemente in der Luft“ stützt sich die Militärvorlage — eine Stütze, die auch keinem Degenmeister genügen würde — und Herr von Caprivi ist kein Degenmeister.

Bei Betrachtung der answärtigen Verhältnisse kam der Reichskanzler auch auf die gefälschte G e m s e r D e p e s c h e zu sprechen. Er suchte den Nachweis zu liefern, daß sein

Vorgänger am kritischen Tage — 13. Juli 1870 — mehrere Depeschen aus Gms erhalten habe, die von demselben nicht gefälscht worden seien. Und die französische Regierung habe Deutschland um jeden Preis demüthigen wollen. Schade nur, daß gewisse unweiselhaft feststehende Thatsachen hiermit nicht stimmen. Erstens die Thatsache, daß auch die bisher bekannte e c h t e Depesche, der Radzwill'sche Bericht, einen amtlichen Charakter hat, und aus dem Kabinett des Königs von Preußen kam. Und zweitens die Thatsache, daß nach dieser echten Depesche der französische Gesandte Benedetti die Erklärung abgegeben hatte, er werde sich bei der erhaltenen Antwort beruhigen. Der „Zwischenfall“ der Hohenzollern-Kandidatur war also erledigt, als Fürst Bismarck seinem eigenen Geständniß nach aus der „Chamade“ eine „Fanfare“ machte. Das Wort „Fälschen“ ist ja ein hartes, großes Wort — Fürst Bismarck milderte es, indem er ein anderes Wort fälschte, und die „Fälschung“ „Redaktion“ nannte.

Was Herr von Caprivi über die neue Vorlage mittheilte, war nicht neu — wir hatten das Alles schon vorher gehört und gelesen. Und es war so ziemlich das Schlimmste, was wir über die Militärvorlage gehört und gelesen hatten. Dieses Schlimmste ist jetzt eingetretene Wahrheit.

Auch die Geringschätzung, die der Berufsmilitär für die Landwehr empfindet, kam in der Rede des Reichskanzlers zu vollstem und kräftigstem Ausdruck. Die Landwehr als „wackelnde Spitze unseres Heerwesens“ war sicherlich keine Schmeichelei, und wird in den weitesten Kreisen böses Blut setzen. Herr von Caprivi fühlte offenbar, daß er die Nothwendigkeit der neuen Militärvorlage nicht nachgewiesen habe, und dieses Bewußtsein verleitete ihn: einerseits unsere gegenwärtige Heeresorganisation so zu verkleinern, daß die Franzosen und Russen, wenn sie den Krieg wollten, uns sofort angreifen könnten — andererseits die Folgen einer etwaigen Niederlage so entsetzlich hinzustellen, daß den Philistern in Stadt und Land die Haare sich sträuben müssen — ganz wie Anno 1887, wo die Angst den „Rörgler“: Verstand todtschlug und Wunder that.

Wer kennt nicht die Wunder jener berückichtigten Fälschungswahl? Jeder wurde an jene Orgien des Bitter-Patriotismus erinnert; und jeder sagte sich: Herr von Caprivi spricht zum Fenster hinaus — er denkt an die Auflösung und hält eine Wahlrede!

Da hatten wir auf einmal den alten Kurs leibhaftig vor uns, und wer die Augen schloß und die Verschiedenheit der Stimme nicht beachtete — der fand sich ganz und gar in die gute alte Zeit versetzt, wo der alte Reichskanzler solche Reden ins Band schlenbert, um den widerpenigen Reichstag zu beugen oder zu zerstückeln. War es Caprivi oder war es Bismarck, der da oben am bekannten Kanzlerplatz stand und die widerstrebende Reichstagsmehrheit seinem Willen zu unterwerfen suchte? Doch nein. Eine Verwechslung war nicht möglich. Es war Herr von Caprivi. Das Zeug fehlte ihm für die Rolle, die er hier spielte. Dazu muß man ein Demagog sein. Und Herr von Caprivi ist keiner, während Fürst Bismarck der vollendetste Demagoge der Neuzeit war — und wohl auch noch ist.

Nicht einmal ein Achtungserfolg krönte die Bemühungen des Reichskanzlers; der Appell an die Furcht entlockte bloß der Rechten vereinzelte Bravo's, die gegen die Mißfallensbezeugungen der Linken nicht aufkamen, und durch das läbliche Schweigen der Mitte vollends zur Bedeutungslosigkeit verurtheilt wurden.

Ist Herr von Caprivi auf, dann hat das Fiasko seiner heutigen Rede ihm sein Schicksal gezeigt.

Vielleicht denkt er aber: mit dem Reichstag ist besser fertig werden, als mit dem deutschen Volk. Und hier liegt die Gefahr.

Der Reichstagsmajorität ist nicht zu trauen. Möge das Volk zusehen, daß dem Volke kein Schade geschieht.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. November.

Aus dem Reichstage. Die schon gestern in der Presse erfolgte Ankündigung, daß der Reichskanzler heute nach erfolgter

und gemäßigter zu sein, und jenen Frauen zu gleichen, deren Gemüth einem sorgfältig beschneideten, französischen Garten entspricht. Man hat da beim Umherwandeln keine Uebertragungen zu erwarten, und doch findet man einen gewissen Reiz darin. Sie besaß Verstand, feinen, zuverlässigen, sicheren Verstand, der bei ihr die Stelle von Phantastie, Güte, Hingebung vertrat, und ein ruhiges Wohlwollen, das alles und alle umfaßte.

Es fiel ihr auf, daß Duroy schwieg. Er war nicht ins Gespräch gezogen worden und fühlte sich wohl ein wenig gezwungen. Die Damen sprachen noch immer von der Akademie und hatten den bevorzugten Gegenstand noch immer nicht fallen lassen. Deshalb fragte sie: „Und wenn würden Sie den Vorzug geben, Herr Duroy? Sie müssen ja am besten Bescheid wissen.“

Er zögerte nicht mit der Antwort. „Bei dieser Frage sehe ich niemals, gnädige Frau, auf die ja immer strittigen Verdienste der Kandidaten, wohl aber auf ihr Alter und ihre Gesundheit. Ich frage nicht nach ihren Titeln, sondern nach ihren Krankheiten. Ich frage nicht nach, ob sie eine gereimte Uebersetzung des „Lope de Vega“ verfaßt haben, aber ich erkundige mich sorgfältig nach dem Zustand ihrer Leber, ihres Herzens, ihrer Nieren und ihres Rückenmarkes. Eine hübsche Herzversetzung, ein schöner Diabetes oder gar ein bischen Rückenmarkschwindsucht sind in meinen Augen hundertmal werthvoller als vierzig dickleibige Bände über die Idee des Vaterlandes in den Gesängen der Berber.“

Ein erstauntes Stillschweigen folgte dieser Meinungsäußerung.

„Wieso denn?“ fragte Frau Walter lächelnd. „Weil ich immer nur an das Vergnügen denke,“ erwiderte er, „das die Damen von irgend einer Sache haben. Ist es nicht wahr, gnädige Frau? Um die Akademie kümmern Sie sich nur, wenn ein Akademiker stirbt. Je öfter einer stirbt, desto vergünstigter müssen Sie sein. Und damit bald einer stirbt, muß man eben die Alten und Kranken in die Akademie wählen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wahl des Präsidiums die Gelegenheit wahrnehmen und gelegentlich der Einbringung der Militärvorlage dieselbe zweifelhafte Rede wiederholen werde, welche er im Bundesrathe gehalten hat, als dort der gleiche Gegenstand auf der Tagesordnung stand, hat die seltene Wirkung gehabt, die Plätze der Abgeordneten voll besetzt zu zeigen. Auch die Galerien waren fast besetzt und besonders die Hof- und Diplomatenlogen zeigten sich überfüllt.

Nachdem die Wahl des Präsidiums sich glatt abgepielt hatte, erhob sich Caprivi zu der angekündigten Langen Rede. Lang war sie wirklich, über zwei Stunden, und der Redner zeigte sich gegen Schluss derselben etwas erschöpft, so daß er durch den auf der linken laut gewordenen Widerspruch vollständig aus dem Konzept kam und der sorgfältig vorbereitete pathetische Schluss zum guten Theil ins Wasser fiel. Daß die Rede lang war, so lang, daß uns eine gleich umfangreiche Auslassung des Kanzlers nicht bekannt ist, ist, abgesehen von den Mittheilungen über die wirkliche Gms'er Depesche und deren durch Bismarck redigirten“ feinerzert der Öffentlichkeit unterbreiteten Wortlaut, das einzig Bemerkenswerthe an dieser parlamentarischen That. Sie enthielt nicht einen einzigen Gedanken, den die militärfromme Presse nicht seit Monaten schon ausgekostet hätte. Wir wollen keinen Krieg, unsere Nachbarn wollen auch keinen, speziell Rußland hat einen Kaiser, der die Friedensliebe selbst ist, und außerdem befinden sich dessen militärische Vorbereitungen weit im Rückstande. Aber gerade weil niemand den Krieg will, deshalb müssen wir uns auf denselben gleich nach zwei Fronten vorbereiten und zwar in der Weise, daß wir den letzten Mann und den letzten Groschen dran setzen.

Diese Vorbereitungen auf den nicht in Aussicht stehenden Krieg müßten sofort und in weitestem Umfange getroffen werden, weil deren Unterlassung erste Gefahren für uns im Gefolge haben könnte, da Deutschlands Zukunft davon abhängt und der jetzige Zustand nicht länger andauern dürfte. Für eine Vertagung der Vorlagen müßten die Regierungen die Verantwortung ablehnen. Jedes Jahr, das unter den bisherigen Militäreinrichtungen verstreicht, sei ein unehringlicher Verlust. So häuften der Redner Behauptung auf Behauptung über die Nothwendigkeit der ungeheuren Neubeleugungen des Volkes, aber Beweise für diese Nothwendigkeit wird man in der langen Rede vergeblich suchen. Oder sollte es etwa ein Beweis sein, wenn der Kanzler von den 32 Jahre alten Landwehrmännern als von „alten Männern“ spricht, deren Kriegstüchtigkeit abtobt geht, sobald die Kommissstiesel ihre Hüneraugen brüden und das Kommissbrot ihren Magen beschwert? Daß Landwehrmänner sich um ihnen fern liegender Interessen willen nicht gerne in den Krieg schicken lassen, versteht sich am Rande. Und daß Nachschafften, wie sie durch Bismarck's Mauderi über die Redigirung“ der Gms'er Depesche ausgebeutet wurden, nicht dazu beitragen, die Begeisterung für ein System zu vermehren, welches einer oder ein paar Personen in die Hand gibt, große Nationen gegen deren Willen in den Krieg zu ziehen, das liegt auch auf der Hand. Aber diese Abneigung gegen das Todgeschossenwerden um fremder Interessen und Nachschafften willen, hegt nicht nur die Landwehr, sie ist auch den Söhnen des Volkes eigen, welche in der Linie dienen müssen.

Wenn deshalb der Kanzler meinte, der Mobilmachungsbefehl errege in der Truppe eine „fortschrittliche Freude“, so mag das für die avancementsstüternen Berufs-Offiziere und vielleicht auch für jene Unteroffiziere zutreffen, welche in besonderen Schulen zu nichts als Soldaten erzogen worden sind, für die ungeheure Mehrzahl der Söhne des Volkes aber muß die Freude an der Aussicht, zur Zielscheibe für die neuen Worbwaffen zu werden, auf das entschiedenste abgesehen werden. So wie der Kanzler von den Wirkungen einer Mobilmachung sprach, kann nur jemand reden, der selbst sein Leben lang nur Berufssoldat war und von dem bürgerlichen Leben und Empfinden nur nebelhafte Vorstellungen hat. Gewiß ist das Bestreben anzuerkennen, wenn einmal das Kriegswesen nicht mehr abzuwenden ist, dann so weit es angeht, die Älteren, meist aus Familienwätern bestehenden Jahrgänge zu schonen. Wird aber dieser Zweck durch die neue Vermehrung unserer Heeres erreicht? Das würde nur geschehen, wenn das Ausland die deutsche Heeresvermehrung unbeachtet ließe. Das wird aber nicht der Fall sein. Rußland und Frankreich werden ebenfalls erneute Anstrengungen machen, und das Ende vom Liede ist, daß trotz der vollen Ausnützung unserer jungen Jahrgänge auch Landwehr und Landsturm beim nächsten Krieg ins Feld müssen.

Glücklicher als in der Vertbeidigung der Vorlage war der Kanzler bei dem Nachweis, daß auch unter seinem Vorgänger ganz gleiche Pläne schon geübt und angeführt wurden. Für uns brachten diese Enthaltungen nichts Neues, für die alte Parteiensliste in Bazarin werden sie aber die Folge haben, daß, wenn der begründete Verdacht namenloser Feigheit nicht aufkommen soll, der Herr seinen Platz unter den Reichsboten einnehmen und von da aus Rede und Antwort stehen muß. Schon die Art, wie Caprivi die Schwachbasse von Bazarin in bezug auf die Gms'er Depesche in Schutz nahm und so gläubige Köhler auf das Haupt des ingrimmig Begnens sammelte, macht es diesem einfach zur Pflicht, sich jetzt im Reichstage zu stellen.

War Caprivi in seiner Polemik gegen seinen Vorgänger im Amte zweifellos glücklich und zeigte er sich bei der Gelegenheit vor allem wieder als der vornehme Charakter, der den polternden, schimpfenden Gegner mit einer Handbewegung bei Seite schob und auf die Voltereien mit Thatsachen antwortet, so zeigte er sich bei Besprechung der Windthorst'schen Resolutionen auch als ein Sophist erster Güte. Nur gegen die unerschwinglichen Lasten soll sich jene Resolution richten, dieser Vorbehalt sei aber gefallen, da nicht mehr 170 Millionen, wie feinerzert, sondern 105 mehr 57 Millionen zur Durchführung der Militäreform gefordert würden. Die persönlichen und wirtschaftlichen Opfer, welche die Vorlage für die Nation im Gefolge haben würde, scheint der Kanzler für nichts anzuschlagen.

Zum Schluß seiner Ausführungen polemisirte Caprivi gegen ein Blatt der äußersten Linken, welches behauptete, der Reichskanzler habe die ganze Volkskraft auf „Dinge“ gerichtet. Was wußte der Kanzler den gegen uns zu sagen? Daß eine Niederlage dem Volke noch größere Opfer auferlege und daß der ins Land kommende Feind auch den Kernsten noch zu schröpfen wissen werde; das aber sind Gemeinplätze, die uns mit jeder neuen Militärvorlage schon angetrichelt worden sind. Soll das deutsche Volk, weil die Möglichkeit vorhanden ist, im Falle einer Niederlage und einer feindlichen Invasion geschöpft zu werden, diese Schröpferei schon jetzt an sich vollziehen lassen und zwar dauernd und für unabsehbare Zeiten, bloß damit ein etwa später kommender Feind nichts mehr zu schröpfen findet? Wir sind der Uebergzeugung, daß ein wirtschaftlich erschöpftes Volk am unfähigsten zum Widerstande ist. Der Kanzler schloß seine Rede unter steigendem Widerspruch der Linken mit der Behauptung, daß es sich mit der Vorlage für die deutsche Nation um einen Kampf ums Dasein handle, daß dem Reichstage die Pflicht obliege, Sorge dafür zu tragen, daß uns Deutschland erhalten bleibe und daß uns alle das Bewußtsein tragen müsse: Lieb' Vaterland mag ruhig sein!

Das sind alles recht schöne Worte, und sie und da sollte Caprivi damit auch ein schärfsteres Bravo von den Lippen irgend eines militärfrommen Abgeordneten. Im ganzen aber wurde die lange Rede sehr kühl aufgenommen; das Centrum und der größte Theil der Nationalliberalen schwieg, Freisinn und Sozialdemokraten gaben ihre abweichenden Ansichten stellenweise durch sehr energischen Widerspruch zu erkennen, und selbst der Ehrer der allezeit getreuen Rechten war sehr herabgestimmt. Es schien, als ob dem ganzen Hause das Sprächlein vorjuchete:

Mit uns'rem ewigen Kasten,  
Da wird es bald so sein:  
Ein Theil des Volks wird sechten,  
Ein anderer sechten geh'n.



Im Reichstag wird in dessen morgender Sitzung die Interpellation Petri betreffs des Schießens der Wachtposten zur Verhandlung kommen. Der Reichstag macht dann eine Pause bis Mittwoch, den 30. d., an welchem Tage die erste Lesung des Reichshaushalts-Etats beginnt. Dieser wird die erste Lesung der Militärvorlage folgen.

Der Reichshaushalts-Etat für 1893/94, dessen Abschluß und Hauptziffern wir bereits mittheilten, gestaltet sich in den einzelnen Kapiteln, die wir hier übersichtlich mittheilen, wie folgt.

Die fort dauernden Ausgaben vertheilen sich in folgender Weise:

Table with 3 columns: Category, Amount, and Comparison. Includes Reichstag, Reichskanzler und Reichskanzlei, Auswärtiges Amt, Reichsamt des Innern, Verwaltung des Reichs, etc.

Summe 1 006 300 468 M. (+ 15 625 604 M.)

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats vertheilen sich wie folgt:

Table with 3 columns: Category, Amount, and Comparison. Includes Auswärtiges Amt, Reichsamt des Innern, Post- und Telegraphenverwaltung, Reichsdruckerei, etc.

Summe 82 250 267 M. (+ 10 120 161 M.)

Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats vertheilen sich in folgender Weise:

Table with 3 columns: Category, Amount, and Comparison. Includes Reichsamt des Innern, Verw. des Reichs, Verw. der Marine, Reichs-Schatzamt, Eisenbahnverwaltung, Betriebsfonds.

Summe 185 399 836 M. (+ 30 977 841 M.)

Die Gesamtsumme der einmaligen (ordentlichen und außerordentlichen) Ausgaben (82 250 267 M. + 185 399 836 M.) beträgt also 267 650 103 Mark (+ 41 098 002 M.), die Gesamtsumme aller Ausgaben (fortdauernden, einmaligen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben) 1 273 950 571 M. (+ 56 723 606 M.).

Diesen Ausgaben gegenüber sind die Einnahmen im Entwurf wie folgt veranschlagt:

Table with 3 columns: Category, Amount, and Comparison. Includes Steuern und Verbrauchs, Reichs-Stempelabgaben, Post- und Telegraphenverwaltung, Reichsdruckerei, Eisenbahnverwaltung, Bankwesen, Reichs-Verwaltungs-einnahmen, etc.

Summe 1 088 550 735 M. (+ 25 745 765 M.)

Außerordentliche Deckungsmittel. 185 399 836 M. (+ 30 977 841 M.)

Summe aller Einnahmen 1 273 950 571 M. (+ 56 723 606 M.)

Der Etat für 1893/94 übersteigt hiernach den Etat des laufenden Jahres in Einnahme und Ausgabe um 56 723 606 M.; im einzelnen übersteigen die fort dauernden Ausgaben die diesjährigen um 15 625 604 M., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Etats um 41 098 002 M., dagegen die ordentlichen Einnahmen die diesjährigen um 25 745 765, die außerordentlichen Einnahmen die diesjährigen um 30 977 841 M.

Von freisinniger Seite werden im Reichstag Initiativträge eingebracht: ein solcher über die Berufungsverine, über das Wahlgesetz (Wahlkonvert.), über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und Verhafteter, über die Berufung in Strafsachen.

Nach der Fraktionsliste des Reichstags haben gegenwärtig die einzelnen Fraktionen folgende Mitgliederzahl: Deutsch-Konservative 66, Reichspartei 18, Centrum 107, Polen 16, Nationalliberale 42, Freisinnige 67, Volkspartei 10, Sozialdemokraten 36, bei keiner Fraktion 30. Erledigt sind 5 Mandate, nämlich 8. Düsseldorf, 4. Köln, 1. Marienwerder, 1. Frankfurt, 5. Schwaben.

An den patriotischen Sinn des Volkes appellirt die Thronrede bei ihrer Empfehlung der neuen Militärvorlage. Der patriotische Sinn der großen Masse des Volkes verlangt und erwartet vom Reichstage die Ablehnung derselben. Das Volk verlangt, daß mit dem System des Militarismus gebrochen wird und die Steuerlasten auf die Schultern derer gelegt werden, die sie nicht durch Abarbeiten an den notwendigsten Lebensbedürfnissen aufzubringen brauchen. Hossentlich wird dieser patriotische Sinn im Reichstage zum Ausdruck kommen!

Die „Anerkennungsliebe“ der Militärkassier ruft den Spott und Hohn der offiziellen und theilweise auch der konservativen und nationalliberalen Presse hervor. Was machen auch lumpige 70 oder 100 Millionen mehr für den Militarismus aus? Ein kleiner Steuerzuschuß, und daß

Geld ist da. Die Zahl der Millionäre wächst, und Noth leidet eigentlich nur der arme Großgrundbesitzer, den man nicht genug mit Kornzöllen, Zuckerprämien, Schnapsprivilegien und ähnlichen Vortheilen füttern kann, während man ihn gleichzeitig möglichst entlastet.

Ein Gesekentwurf betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung ist dem Reichstage vorgelegt. Derselbe enthält folgende Bestimmung: „Die gesetzliche Zeit in Deutschland ist die mittlere Sonnenzeit des fünfzehnten Längengrades östlich von Greenwich.“ Das Gesetz soll vom Beginn des 1. April 1893 nach der neuen Zeitbestimmung in Kraft treten.

Die im allgemeinen gefegnete Ernte“ wird in der Thronrede hervorgehoben. Nun, nach unserer vorwiegend agrarischen Wirtschaftspolitik zu urtheilen, welche solche Fürsorge für den armen Großgrundbesitzer trägt, sollte man fast glauben, eine gute Ernte wäre ein Nothstand, weil sie die Preise drückt, und niedrige Getreidepreise seien ein Fluch für ein Land. Hat man trotz des hohen Standes der Getreidepreise es für angemessen gehalten, durch hohe Kornzölle denselben noch zu erhöhen, so werden die agrarischen Forderungen gegenwärtig erst recht anschwellen, und die nothleidenden Großgrundbesitzer werden den Erlaß der Grundsteuer als eine wohlverdiente Entschädigung betrachten und sich wohl hüten, sich selbst dieselbe freiwillig auf Kosten der Gemeinden aufzuerlegen. Die neuen Reichssteuern bringen eine weitere Belastung der großen Volksmassen, und der preussische Gemeindesteuer-Gesekentwurf giebt den von den Besitzenden regierten Gemeinden volle Gelegenheit, auch ihre Steuerlasten auf die großen Volksmassen abzuwälzen. Die „gefegnete Ernte“ kommt den großen Volksmassen wenig zu gute; der wirtschaftliche Druck lastet schwer auf der arbeitenden Bevölkerung und noch schwerer die Sorge vor der bevorstehenden harten Winterzeit und der Hunderttausenden drohenden Arbeitslosigkeit.

Die Fälschung der Emscher Depesche. Nachdem der deutsche Reichskanzler genöthigt worden ist, die Verwandlung der „Chamade“ in eine „Fanfare“ im Reichstage zur Sprache zu bringen und einen, nicht weniger als gelungenen Rechtfertigungsversuch zu machen, ist für den Fürsten Bismarck, falls er seinen Charakter nicht freiwillig preisgiebt, die gebieterische Nothwendigkeit erwachsen, seinen Platz im Reichstage einzunehmen und wenigstens in der kommenden Budget- und Militär-Debatte betreffs seiner „Redaktion“ der Emscher Depesche Rede und Antwort zu stehen.

Also heraus aus dem Busch und vor die Klinge, Herr Abgeordneter für Gesehmünde-Neuhaus a. d. O.!

Die Haltung des Wolffschen Telegraphenbureaus hat jetzt endlich auch die Aufmerksamkeit der Laute Wof erregt. Sie beschwert sich entrüstet darüber, daß der Vertreter des Bureaus an der Börse den ersten und maßgebenden Finanzleuten den Inhalt der Eröffnungs-Thronrede zum Reichstage zugestekt habe, bevor die allgemeine Vertheilung an die Abonnenten von Statten ging.

Der Vorgang ist so ungewöhnlich, daß man auf die Erwiderung des Angeklagten gespannt sein wird.

Ist doch den vom Wolffschen Bureau bevorzugten Bankhäusern dadurch die Möglichkeit gegeben worden, ihre vorzeitige Kenntniß der Thronrede spekulativ zum Schaden der Allgemeinheit auszunutzen, was in dem vorliegenden Falle gleichbedeutend gewesen sein müßte mit der Realisirung großer Kursgewinne. Denn während die allgemeine Meinung dahin ging, daß die Thronrede das Sichelgerassel der Offiziösen verteidigen würde, rückte sie bekanntlich die friedlichen Tendenzen der europäischen Kulturnationen in den Vordergrund, was der Börse so unerwartet kam, daß sie daraufhin eine starke Kurstreiberei ins Werk setzte.

Daß das Wolffsche Telegraphen-Bureau sich nicht derjenigen Enthaltensamkeit und Bornehmheit befleißigt, welche man von dem offiziellen Nachrichtendienst unbedingt verlangen muß, daß haben wir bei früheren ähnlichen Vorgängen nur erinnern nur an die schmähliche Tendenzmacherei des Bureaus in der Baare-Affäre — bereits mit Thatfachen belegt.

Waher paßt es den Bourgeois in den Kram, wenn das offiziöse Institut sich parteiisch zeigt. Jetzt, wo der vollendete Seitenprung desselben den Geldbeutel der Schlinglinge der „Wolffschen Zeitung“ trifft, erinnert sich diese erst des Charakters des Wolffschen Bureaus.

Ob das Demunziationsnäh nähern wird? Wir sehen uns die Herren an, denen das Bureau durch ihren Eifer Dienste geleistet hat, und — enthalten uns des Urtheils.

Nichterliche Weisheit in Sachsen. Der Redakteur der „Wurgener Zeitung“, P. Breuer, ist vom Amtsgericht wegen Verleumdung des Staatsanwalts Naizier vom Wurgener Amtsgericht zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt worden. In der schriftlichen Begründung des Urtheils findet sich folgender Satz:

„Sein (nämlich Breuer's) in der Hauptverhandlung wiederholt vorgebrachter Einwand aber, daß er über die vom Staatsanwalt Naizier aufgestellte Behauptung, es habe Nobilitirung der sozialdemokratischen Partei angehöret, in große Anregung gerathen sei, ist um so weniger beachtlich, als er selbst zur Zeit des am 2. Juni 1878 verübten Attentats erst 11 Jahre alt war, also sein Urtheil darüber, ob die fragliche Behauptung des Staatsanwalts Naizier historisch begründet sei, oder nicht, nur auf dasjenige, was er von älteren Parteigenossen darüber gehört oder was er in Schriften seiner Partei darüber gelesen hat, stützen kann.“

„Recht finden“ nannten unsere Vorfahren die Thätigkeit des Richters; mit der Logik des Wurgener Amtsrichters kann er lange das Recht suchen, ohne es zu finden.

Ganz wie bei uns. Culine, der „begründigte“ Sozialist von Jounies, wollte vor einigen Tagen im Vogesen-Departement eine Rede halten. Er wurde verhaftet — wegen Baubruchs! Im freien, republikanischen Frankreich, das angeblich alle Aufenthaltsbeschränkungen des ancien regime (der vorrevolutionären Monarchie) aufgehoben hat, besteht nämlich noch ein Recht der Ausweisung — gerade wie in unserem lieben Polizeiparadies Deutschland. Und Culine ist wegen Baubruchs auch wirklich zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden! Die bürgerliche Freiheit, so lange die Klassenherrschaft dauert, ist eben ein Messer ohne Stiel und Klinge.

Die Panama-Kommission, die vom französischen Abgeordnetenhaus gewählt wurde, ist aus 25 Mitgliedern der

Linken, 9 der Rechten und einem Boulangisten zusammengesetzt.

Aus Spanien wird wieder ein Attentat gemeldet. Während die Königin-Regentin die Historische Ausstellung besuchte, explodirten 5 Kapseln einer Bombe dicht vor derselben. Ein General aus der Begleitung der Regentin wurde verwundet, diese bewahrte die Fassung und setzte den Besuch der Ausstellung fort. Die sofort angestellte Untersuchung ist bisher ohne Resultat geblieben; 2 Verhaftungen wurden wieder aufgehoben. Gerüchweise verlautet, der Explosion liege ein anarchistisches Attentat zu Grunde, offiziell wird jedoch versichert, daß lediglich ein unglücklicher Zufall an der Sache schuld sei. — Doch ob Zufall, ob Attentat, ob Spiegelmache, die auf dem letzten Loche pfeisende Regierung wird die Bombe auszunutzen suchen.

### Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags tagte gestern Abend. Zunächst wurden die Vertreter der Fraktion für die diversen Kommissionen gewählt und zwar für die Petitionskommission die Hggg. Kunert, Schwarz und Geyer; Geschäftsordnungs-Kommission Singer; Kommission für den Reichshaushalts-Etat Singer und Meister; Rechnungs-Kommission Stadthagen und Förster; Kommission für Wahlprüfungen Kuer. — Als Redner der Partei wurden für die Statberathung Liebknecht und zur Militärvorlage Bebel bestimmt. Sollte sich an die Interpellation Petri heute eine Diskussion knüpfen, so wird Singer den Standpunkt der Partei in dieser Frage darlegen. In Ausführung eines auf dem Hallenser Parteitag gefaßten Beschlusses wird der Abg. Schwarz (Lübeck) einen Antrag auf Abänderung der Seemannsordnung einbringen. — Auf Anregung aus der Fraktion wurde einstimmig beschloffen, daß seitens der Mitglieder der Fraktion Mittheilungen aus Kommissionen oder sonstigen Verhandlungen im Reichstag an Berichtserstattet von Bourgeoisblättern nicht gegeben werden dürfen.

### Parteinachrichten.

Gegen die neue Militärvorlage protestirten ferner Versammlungen in Steinkunzendorf (Referent Feldmann-Langenbielau), Heidelberg, Kreis Waldenburg in Schlesien (Referent Kühn-Langenbielau), Nettersen, Dorst (Referent Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth), Offenbach, Engenbach und Elgersweier (Referent Th. Lutz aus Baden-Baden), Diersburg (Referent Bielowski-Offenburg), Neckarau, Labenburg, Sedenheim, Rheingönheim (Referent Körner), Delmenhorst (Referent Alwin Kertl), Augsburg (Referent Wreder).

In Ascherleben fand am 20. November im Saale des „Pringen von Preußen“ eine hark besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Gerisch aus Berlin über die neue Militärvorlage referiren sollte. Sollte! Denn leider kam es nicht dazu. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlangte der überwachende Polizei-Inspektor Becker die Entfernung der im Saale anwesenden Frauen. Genosse Gerisch, der zu dieser Angelegenheit sprechen wollte, wurde vom überwachenden Beamten am Reden verhindert, so daß er, um überhaupt die Verhandlungen zu ermöglichen, die Frauen bat, vorläufig den Saal zu verlassen, sich jedoch zum Wiederkommen bereit zu halten. Nachdem dieser Wunsch erfüllt war, führte Gerisch ungefahr folgendes aus: Mit großem Erstaunen habe ich bereits vor Beginn der Versammlung vernommen, daß in Ascherleben Frauen an Volksversammlungen nicht theilnehmen dürfen. Ist diese Thatsache schon an sich befremdlich, weil sie im Widerspruch steht mit dem preussischen Vereinsgesetz, so wird sie es noch weit mehr durch den Umstand, daß die Ascherlebener Behörde es als feststehende Thatsache betrachtet, daß die öffentlichen Versammlungen überhaupt keine solchen, sondern in Wahrheit geschlossene Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Partei, also Vereinsversammlungen seien, als deren geheimer Vorhänder und Leiter der hiesige Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei gelte. Versteht diese Annahme auf Wahrheit, so hätte nicht nur der Vertrauensmann sich doppelt und dreifach strafbar gemacht, sondern auch die ganze Partei-Organisation läme in die größte Gefahr, da das Beispiel der Ascherlebener Behörde sehr bald Nachahmung finden würde. Die Annahme der Ascherlebener Behörde ist jedoch grundfalsch. Weder kennt die Organisation der sozialdemokratischen Partei geschlossene Mitgliederversammlungen, noch kann man eine öffentliche Volksversammlung, die von Anhängern verschiedener Parteien besucht wird, und die sich nach Belieben ein Bureau wählt, zu einer Vereinsversammlung stampeln. Ich beantrage daher die sofortige Wiedereinführung der Frauen. Aus der Mitte der Versammlung wurde hierauf der Wunsch geäußert, sich für diesmal noch der Behörde zu fügen, um Stellung zur Militärvorlage nehmen zu können. Genosse Gerisch erwiderte darauf, daß er kein Wort rede, bevor nicht die Frauen im Saale seien. Unter stürmischem Beifall der Versammlung nahmen darauf die Frauen wieder ihre Plätze ein. Der überwachende Beamte forderte nun auf's neue die Entfernung der Frauen, und als diesem Ansinnen nicht Folge gegeben wurde, trat er vor die Krampe und erklärte die Versammlung „im Namen des Gesetzes“ für aufgelöst. — Beschwerde wird eingereicht. Ein Kommentar hierzu ist um so überflüssiger, als der Erfolg der Beschwerde außer Frage steht, sofern nicht das hiesigen Versammlungsfreiheit, was selbst das preussische Vereinsgesetz gewährt, vom Belieben der Verwaltungsbehörden abhängig gemacht werden soll.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen zur dritten Abtheilung in Erfurt erhielten von 1389 insgesammt abgegebenen Stimmen unsere Genossen Reichhaus 429, Fritz 425, Hölle 405, Danker 375, Giltenberg 370 Stimmen; die Gegner 919—1009. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 8629, an der Wahl theilnahmen sich demnach nur ca. 16 pSt.

In Lädenheid bekamen wir 262—880, die Gegner 432—991 Stimmen.

Bei der Stichwahl in Steint, Bezirk Kastadie, ist unser Genosse Herbert mit 106 Stimmen dem Gegner Restaurateur Kraus unterlegen; letzterer bekam 234 Stimmen. Bei der ersten Wahl erhielt Kraus 195, Herbert 106 Stimmen.

In Nettersen erschienen von ca. 800 Wahlberechtigten nur 192 Wähler. Unsere beiden Kandidaten erhielten 21—24, die vier Gegner 21—143 Stimmen. Die Nordd. Volkspart. meint zu diesem Ergebnis: „Ein Sieg der Sozialdemokratie war, da dieselbe das erste Mal in die Stadtverordneten-Wahl eintrat, von vornherein bei dem hohen Wahlgenuß — es kommen für die Wahl lediglich die Hausbesitzer in Betracht — und bei der Oessentlichkeit der Wahl ausgeschlossen. Ein großer Theil der Arbeiter wogte wegen etwaiger zu erwartender Maßregelung nicht, ihre Stimmen abzugeben.“

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Röpenick erhielten unsere Kandidaten nach Angabe gegnerischer Blätter ca. 25 pSt. der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbetheiligung war schwach. Von rund 880 Wahlberechtigten stimmten nur 377.

In Mainz errang unsere Partei bei den Stadtverordneten-Wahlen einen glänzenden Sieg. Das Kartell der Demokraten, Nationalliberalen und Ultramontanen unterlag mit seiner Liste.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, 24. November.  
 Opernhaus. Carmen.  
 Schauspielhaus. Der neue Herr.  
 Fassung - Theater. Nansen wider Nansen.  
 Berliner Theater. Dora.  
 Wallner-Theater. Die Großstadtluft.  
 Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.  
 Neues Theater. Die Liebeshändlerin.  
 Kroll's Theater. A Santa Lucia.  
 Residenz-Theater. Im Pavillon. (Le Parfum).  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Pariser Leben.  
 Thomas-Theater. Alimtrausch und Edelweiß.  
 Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.  
 Alexanderplatz - Theater. Sport-Mädel.  
 National-Theater. Die Jungfrau von Orleans.  
 Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

### Adolph Ernst - Theater.

Zum 77. Male:  
**Die wilde Madonna.**  
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Treptow.  
 Coupletts von G. Göras. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütkenmeyer in Coburg.  
 In Szene geführt von Adolph Ernst.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Alexander-Platz - Theater.

Heute Abend 7 1/2 Uhr:  
**Sport-Mädel.**  
 Große Feste mit Gesang, Tanz und Tableau in 4 Bildern von J. Kronn u. A. Schönfeld.  
 Musik von Max Lustig.  
 Mit vollständig neuer Ausstattung.  
 Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Sport-Mädel.

### American - Theater.

Neu! Die Trockenwohner, oder "Das Kind in der Kommode", parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Gas aus, von Oskar Wagner. Hauptrolle: Der urkomische Fendie.  
 Jeden Abend jubelnder Beifall.  
 Der feine Reizner.  
 Berliner Lokalposse von O. Wagner.  
 Neu! Die Wiener Original-Coubrette  
**Clotilde Kowala.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.  
 Sonntags 6 Uhr.

### Castan's Panoptikum.

Sensationell!  
**Prinzeß Lovase.**  
 Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr stündlich.  
 Ohne Extra-Entree.  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
**Passage-Panoptikum.**  
 Die 4 zusammen-gewachj. Mädchen.  
 Rosa Josefa 4-6 Uhr.  
 Radica-Doodica vor 11-1 und 4-9 Uhr.

### Teppiche!!! Gardinen!!! Steppdecken!

am billigsten in der Fabrik von **J. Brünn,** Hackescher Markt 4.  
 Stadtbahnhof Börje.

Goldene Medaille Halle 1891. Silberne Medaille Leipzig 1892.

## Kneipp Malz-Kaffee

Nur in Packeten mit dieser Schutzmarke.

Patentirtes Fabrikations-Verfahren.

Vorzüglichster Zusatz und Ersatz für Bohnenkaffee.

Malz mit Kaffee-Geschmack.

Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken München, Wien-Basel-Mailand-Dijon, Filialen in Berlin und Paris.



### Guter Langensalza'er Raubakaf von Gebrüder Adler.

31062

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.  
 Cigaretten-Engrosfabrik in den Preislagen von M. 25,- bis M. 100,-  
 Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

### Circus Renz.

(Narissastraße.)  
 Donnerstag, den 24. November 1892, Abends 7 1/4 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
 Aus dem Programm besonders hervorzuheben: Dr. Pillis mit dem Schulpferde Gerninal. Noviturrennschule, ger. v. d. Lamen Hrl. Clotilde Hager und Oceana Renz. 8 Schimmelhengste, in Freiheit dress. und vorgef. v. Hrn. Oscar Renz. Der musikalische Klowon Hermann. Leopold Renz, der beste Jockeyreiter der Gegenwart. Zum Schluss: Auf Helgoland mit völlig neuen Einlagen, u. a.: Leib-Garde-Artillerie, Hamburger Bürgerwehr. Ballet von 82 Damen.  
 Morgen, Freitag: Große Vorstellung.  
 Sonntag, 2 Vorstellungen um 4 und 7 1/2 Uhr. 4 Uhr Nachmittags (1 Kind frei): Die lustigen Heidelberger.  
 Abends: Auf Helgoland. Billet-Verkauf beim "Invalidenten", Martgrafenstr. 51a.  
 Fr. Renz, Direktor.

### Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Barl-Platz, Ecke Narissastraße.  
 Donnerstag, den 24. November, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Doppel-Barforce-Vorstellung.**  
 in welcher 30 der beliebtesten Repertoire-nummern zur Aufführung gelangen. U. a.: Das Sensationellste von Berlin  
 Neu! Der Rapphengst Neu!  
**Osman Pascha als Luftschiffer.**  
 vorgeführt vom Dir. Althoff.  
 Freitag, 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

### Concordia - Festsäle

C. Säger  
 Androasstr. 64 und Krautsstr. 38.  
 Jeden Sonntag:  
**Grosses Konzert.**  
 Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Nach dem Konzert:  
**Großer Ball**  
 ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern.  
 Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Säle, sowie 5 neue Regeldamen, Billard und Vereinzimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gef. Benützung unter kulantesten Bedingungen.  
 49/9

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) **1,50 Mk.**  
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
 C. Wunsch, Hannenstr. 38, u. d. Oranienplatz

„Sprechstunde im Wunscher“  
 Verleses ist jared und hi jared  
 belien.“ (Wadert.)

(geläufige)  
**Das Sprechen**  
 Schreiben, Lesen und Verstehen der engl. u. franz. Sprache (bei Bleich u. Knudsen) ohne Lehrerlicher zu erreichen durch die in 39 Auflagen veröffentl. Original-Prisefenach der Meth. Konstant-Langenscheidt.  
 Probehefte à 1 M.  
 Langenscheidt V.-L., Berlin SW 46, Nollensche Str. 11.  
 Wieder Pruzgelt durch Notensysteme unerschreit, hab. viele, die nur diese Briefe nicht einwill. (Uterrecht) benutzen, d. Kommen als Lehrer des Engl. u. Französischen gut bestanden.

### Steppdecken!!!

größte Auswahl!!! am billigsten in **Emil Lefevre's Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. (1890).  
 1 Posten **Schlafdecken** mit kleinen reinen Flecken  
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.  
**Werth des Doppelt!!!**  
 3 Jähr. Preisliste gratis u. franko.

### Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.  
 Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.  
 Täglich  
**Gr. Spezialitäten - Vorstellung**  
 mit abwechselndem Programm.  
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm. **Grosses Familien- und Kinderfest** mit Gratis-Verlosungen und Spezialitäten-Vorstellung.  
 Anfang Mittwoch 4 Uhr, Sonntag 3 1/2 Uhr.  
 Entree für Kinder wie Erwachsene  
 I. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

### Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Das großartigste Spezialitäten-Programm der Residenz.

Familie Lars-Larsen, Elite-Barforce-Gymnastik-Truppe.  
 Brooks & Duncan, Original-Kongo-Neger.  
 Charles Liffon, Athlet aus dem Drabsjeil.  
 Brothers Barrett, The two Fannog Gentlemen.  
 The Original-Satours, Anatomisches Wunder.  
 Jeden Abend stürmischer Erfolg.

### Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.  
 Täglich:  
 Borussia-Konzert- und Kouplet-Sänger.  
 Wochentags frei.  
 Sonntags 30 Pfennig.  
 Kinder 10 Pf.  
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.  
 Zwei Säle zu Veranmlungen und Vergügungen, sowie 6 Billards und 3 Regeldamen.  
 F. Soutke.  
 Vereinszimmer, 30 bis 40 Personen fassend, auch als Jubiläe, in zu vergeben.  
 Zinnow, Swinemünderstr. 15, part.

## Achtung! Gewerbegerichts-Wahlen!

Freitag, den 25. November, Abends 8 Uhr  
 findet in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20 (großer Saal) eine **Bersammlung sämtlicher Kandidaten zum Berliner Gewerbegericht** statt.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Kessler. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Da in dieser Bersammlung die Thätigkeit der Gewerbeichter ausüßlich besprochen werden soll, ferner über die weitere Agitation zu den Wahlen Stellung genommen wird, so ist es Pflicht sämtlicher Kandidaten sowie der Vertrauensleute der Gewerkschaften, in dieser Bersammlung pünktlich zur Stelle zu sein.  
 J. N.: **Hermann Faber**, 50. Grünauerstr. 4, S. L.

## Achtung! Kaufmann's Variété Achtung!

am Stadtbahnhof „Alexanderplatz“. — Direktion: P. Jaenicke.

Sonntag, den 27. November 1892, Mittags 12 Uhr:  
**Gr. Wohlthätigkeits - Matinée.**  
**Vorstellung und Konzert.**  
 Auftreten des gesammten Künstler-Personals von **Kaufmann's Variété.**  
 Veranstaltet von dem **Verband der Deutschen Gold- u. Silberarbeiter.**  
 Zum Besten der Unterstützung hilfsbedürftiger, kranker Kollegen und deren Familien.  
 Billets sind zu haben in den mit Plakaten belegten Handlungen.  
 163/4 **Das Komitee.**

## Freie Vereinigung d. Graveure u. Ciseleure u. verw. Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonnabend, d. 26. Nov., im Konzerthaus Sanssouci, Solbnerstraße 1a:  
**Großes Winter-Fest.**  
 Humoristische Unterhaltung  
 der **Stettiner Quartett- u. Couplet-Sänger.**  
 Nachher Tanz mit Heberausführung für Damen.  
 Billets sind zu beziehen durch die Komiteemitglieder Kollegen Barth, Simeonstr. 2; Abt, Fürstenstr. 4; Kreiß, Waldemarstr. 48; Uhrbach, Eberwalderstraße 16; Jwiry, Staligerstr. 125.  
 167/6

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, d. 27. Nov., 10 1/2 Uhr Vormittags:  
**Außerordentliche General-Bersammlung**  
 bei Frodnow, Sebastianstraße 39.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Neuwahl des Reudanten und Arbeitsvermittlers. 2. Wahl eines Bibliothek-Kommissionsmitgliedes. 3. Erledigung von Vorstandsangelegen. 4. Wie agitieren wir in Zukunft am besten für den Verband?  
 Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwünscht. Die Vertrauensmänner-Konferenz fällt dieser Bersammlung wegen aus. Mitgliedskarte legitimirt.  
 227/19 **Der Vorstand.**

## Fachverein der Tischler.

Sonntag, den 27. November, Vorm. 10 Uhr,  
 in **Gold-Festsälen (fr. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):**  
**Außerordentliche General-Bersammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zum Anschluss an den Verband. 2. Anträge. 3. Eventuelle Statutenänderung. 4. Vereinsangelegenheiten.  
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Bersammlung zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimirt.  
**Der Vorstand.**

## Große öffentliche Bersammlung sämtlicher Hausdiener und Berufsgenossen.

Donnerstag, den 21. November, Abends 9 Uhr,  
 im großen Saale der „**Armin-Hallen**“, Kommandantenstr. 20.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Türk. 2. Abrechnung der Prek-Kommission der Zeitung „Einigkeit“. 3. Berichterstattung von der Konferenz. 4. Abrechnung vom Vertrauensmann, des Delegierten der Streit-Kontrollkommission und Neuwahl desselben.  
 219/5 **Der Vertrauensmann.**

## Achtung! Friedrichsberg! Achtung!

### Große öffentliche Sozialdemokratische Bersammlung

Sonntag, den 27. November, Vorm. 11 Uhr,  
 im Lokale des Herrn **Epitig, Frankfurter Allee 193:**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht über den Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Wahl eines Vertrauensmannes. 5. Abrechnung der Kassalreise. 6. Verschiedenes.  
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
 596/4 **Der Vertrauensmann.**

## Gegen die Militärvorlage!

Suchen erschien: **Dritte Auflage!**  
**100 000 Soldaten mehr!** Ein Wort zur Militärvorlage von Emil Rosenow.  
 Verlag von G. O. Ludwig, Chemnitz i. S.  
 Der große Absatz innerhalb ganz kurzer Zeit ist ein Beweis für die Gediegenheit und Zweckmäßigkeit des Inhalts der Schrift. Unentbehrlich in allen Landesheilen, wo die Genossen gegen die neuen Militärforderungen kämpfen.  
 Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.  
 Wiederverkäufern höchster Rabatt.  
 591/5

**Charlottenburg.**  
 Allen Freuden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich Christ- und Nebrinkstrassen-Gasse eine **231b** Restauration und Destillation eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch.  
**Paul Zemke.**

**Stare,** Dampfassenmännchen, 60, Länge 1,50, Stieglige, Kreuz-Hübel 1,25, Finken, Zeilige, Blauweissen, Kreuzweissen 0,50, Zwergpapageien Paar 5,00, Kanarienvogel 3,00-15,00 M., 2300 Schuelle, Invalidentstr. 7.  
 Vereinszimmer, Simeonstr. 23, Bild.

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
 Andreasstr. 23, S. v.



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung, vom 23. November, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf von Caprivi, von Wöttcher, von Marshall, von Kattenborn, von Schelling, Hollmann, von Malhahn.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

Abg. v. Marquardsen beantragt die Wahl durch Zuzug und schlägt vor Herrn von Vegehof zum ersten Präsidenten, Herrn Grafen Ballestrem zum ersten und Herrn Baumbach zum zweiten Vizepräsidenten zu wählen.

Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; die drei genannten Herren werden gewählt und nehmen die Wahl dankend an.

Zu Schriftführern werden ebenfalls durch Zuzug auf Vorschlag des Abg. v. Marquardsen gewählt die Abgg. Graf Klein-Samenzin, Wichmann, Werbach, Hermann-Jauer, Schneider-Damm, Schmidt-Eberfeld, Porich und v. Buol.

Der Präsident ernannt zu Assistenten die Abgg. Wöttcher und Minteln.

Damit ist der Reichstag konstituiert; dem Kaiser wird die vorgeschriebene Anzeige erstattet werden.

Der Präsident gedenkt darauf der seit der letzten Session verstorbenen Mitglieder des Reichstages: von Kleist-Regow, v. Jordanbeck, Friedländer, Kirchhammer, v. Weger-Arnswalde, v. Kossowatz. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise.

Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. Petri bezüglich der Straßburger Schiffahrt. Dieselbe wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gestellt werden.

Darauf nimmt das Wort

Reichstagskanzler Graf v. Caprivi: Ich habe dem Reichstage zwei Vorlagen vorgelegt, welche untereinander im Zusammenhang stehen. Ich bin mir bewußt, daß es ungewöhnlich ist, wenn in diesem Hause Vorlagen redend eingeführt werden. Ich habe es aber nicht desto weniger für meine Pflicht gehalten, um das Wort zu bitten, einmal um der Bedeutung der Sache willen, und dann weil die Militärvorlage die öffentliche Meinung beschäftigt hat, und weil die öffentliche Meinung sich in falschen Bahnen bewegt hat, weil sie die Vorlage und ihre Motive nicht kannte. Ich will versichern, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß es sich nicht um einzelne Fragen, um etwas Unbedeutendes handelt, sondern um Fragen, die nicht vom Partisanenpunkt zu erledigen sind, von denen die Zukunft Deutschlands abhängen wird. Der Regierung ist es nicht leicht geworden, der Nation neue Opfer zuzumuthen. Drei Jahre sind vergangen seit der letzten Aenderung unserer Militärverhältnisse. Die Regierungen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der bestehende Zustand nicht fortbauern kann. Sie haben die Vorlage gemacht trotz der Unruhe, welche daraus hervorgeht und trotz der ernstlichen Gefahr, welche durch eine Ablehnung der Vorlage für Deutschland entstehen kann. Ich brauche diese Gefahr nicht näher zu erörtern. Die verbündeten Regierungen glauben diese Vorlage nicht hinauschieben zu können. Der erste Oktober 1893 wird der früheste Termin sein, an welchem mit der Durchführung angefangen werden kann; erst im Jahre 1894 wird die Wirkung der ersten Erfolge eintreten. Die volle Wirkung wird aber erst nach 20 Jahren eintreten. Man hat eingewendet und mit Recht: Kann man denn die Eindringung nicht verhindern? Wir leben in einer Zeit, in welcher erhebliche Zweige der Volkswirtschaft mehr oder weniger zu leiden haben, wir stehen vor vermehrten Ausgaben infolge der sozialen Gesetzgebung und wir befinden uns in einem Momente, wo der größte Staat Deutschlands im Begriff ist, seine Finanzen zu reformieren. Die verbündeten Regierungen haben die Bedeutung dieser Vorlage nicht verkannt, auch trotzdem nicht für die Ausschließung der Vorlage sich erklären können. Jedes Jahr, das wir verlieren, ist unwiederbringlich verloren, jedes Jahr, in welchem wir Anstand nehmen, die Reformen einzustellen zu vermehren, ist nicht wieder zu bringen. Es würde unverantwortlich gewesen sein, die Vorlage jetzt nicht einzubringen, wenn sie überhaupt eingebracht werden soll. Eine Vorlage von solcher Natur kann nicht mit kleinen Dingen motiviert werden. Man wird sagen: warum wartet die Regierung nicht bis zu einer bequemeren Gelegenheit. Die Vorlage kann nur mit der vollen Wahrheit motiviert werden und sie muß die Zustimmung der Nation finden. Es muß der seit langer Zeit bestehende Zustand der Nation offen gelegt werden. Ich kann nicht mit Krieg in Sicht antreten, ich werde nicht mit dem Säbel rasseln, sondern nur die reine Wahrheit vor Ihnen entrollen. (Beifall rechts.) Die deutsche Regierung lebt in normalen und freundschaftlichen Verhältnissen mit allen anderen Regierungen; es ist uns von keiner Seite schwer gemacht worden, die Würde Deutschlands und seine Ehre zu repräsentieren. Es ist schon früher gesagt worden: Die deutsche Nation ist satt, sie hat nichts zu verlangen. Es ist ein treffendes Wort seiner Majestät des Kaisers, das er bei der Bestimmung Helgolands aussprach, daß dies das letzte Stück Land sei, wonach Deutschland Verlangen trage. Es ist in verschiedenen Zeitungen, auch von patriotischen Männern gesagt worden: Die schwereren Nützlichkeiten können nicht mehr getragen werden; man müßte loschlagen, um die Nützlichkeiten zu werden. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk würde niemals selbst zum Schwert greifen und aggressiv vorgehen. Was würde das Ziel, der Preis des Präventivkrieges sein? v. Frankreich gegenüber? Wir haben nicht den Wunsch, von Frankreich auch nur einen Quadratkilometer und angrenzenden. Wir würden in Verlegenheit gerathen, wenn wir uns andeutsche Völker angliedern sollten. Wir haben doch in uns Milliarden auch ein Haar gefunden, und wenn man sagt: den Milliarden auch ein Haar gefunden, und wenn man sagt: nehmt französische Kolonien, so sage ich: wir haben an unseren Kolonien genug. (Sehr richtig! links.) Wenn die Ansicht, daß der jetzige Zustand nicht ertragbar ist, welche Ansicht die verbündeten Regierungen nicht theilen, durchbrechen sollte, was würde die Folge sein? Als 1870 der Krieg ausbrach, standen 8 Armeekorps gegenüber, welchen wir 17 Armeekorps gegenüber stellen konnten. Heute würden wir uns gegenüber eine gleiche Anzahl von Armeekorps finden und dahinter eine große Reservearmee. Wir würden von der russischen Regierung nicht ein freundliches Entgegenkommen erwarten dürfen, sondern müßten an der Grenze etwas von Truppen stehen lassen. Wir haben ferner die großen Sperrforts Frankreichs zu überwinden an der Mosel und Maas und dann die großen Festungen Frankreichs, von denen alle stärker armirt sind als Metz und Straßburg. Vor diesen Festungen müßten wir einen Theil unserer Truppen stehen lassen. Schlagen wir auch die Reservearmee und marschieren wir auf Paris, so finden wir eine Stellung, wie die Welt nicht so leicht gesehen hat, mit einer Kette von Forts in einer Ausdehnung von 130 Kilometern. Diese Stellung anzuhängen würde schwer sein. Wenn wir Herren von Paris sind, würden wir eine Ruhe von 20 oder 30 Jahren genießen. Würden wir nicht, wenn wir nach Hause kämen, von neuem rüsten müssen und zwar eifriger als früher? Würden nicht andere Leute da sein, welche von unserer Lage Gebrauch machen wollen? Der Zustand wäre nach einem prophylaktischen

Kriege noch unhaltbarer als heute. Ich wiederhole also: Von Deutschland wird niemals ein solcher Präventivkrieg geführt werden. Ich komme auf eine Bewegung, welche die Gemüther vielfach erregt hat. Man hat die Behauptung aufgestellt, Deutschland und in erster Linie Fürst Bismarck habe durch gewisse Manipulationen, ja Fälschungen, welche an Depeschen vorgenommen sein sollen, Frankreich in den Verdacht gebracht, zum Kriege provoziert zu haben, während im Gegentheil wir zum Kriege reizten. Ich bin in der Lage, attemmäßig den Beweis anzutreten, daß Deutschland den Krieg nicht provoziert, daß Fürst Bismarck Depeschen nicht gefälscht, und drittens, daß der alte Kaiser Wilhelm zu verhältnißmäßig geringen sei oder vielleicht im Verkehr mit dem Franzosen den Rezent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entspreche. Ich rufe ins Gedächtnis zurück, daß Kaiser Wilhelm sich am 18. Juli 1870 in Genu befand, daß er vom Grafen Benedetti angetroffen wurde, daß der König eine ausweichende Antwort gab und ihm durch seinen Flügeladjutanten sagen ließ, wenn er eine Audienz nachsuche in einer erledigten Sache, so könne ihm dieselbe nicht gewährt werden. Diese Dinge sind niedergelegt in einem Pro memoria des Fürsten Anton Radziwill, welches dem Auswärtigen Amte nicht telegraphisch zugegangen ist. Die erste Depesche trägt die Nummer A 2301, sie rührt von dem Geheimen Rath Welfen her; es heißt darin, daß Seine Majestät der König schrieb, Benedetti habe ihn auf der Promenade in Genu zuletzt sehr dringlich angesprochen wegen der Kandidatur der Hohenzollern. Der König habe ihm zuletzt sehr ernst zurückgewiesen und zuletzt beschlossen, ihn nicht mehr zu empfangen, nachdem er die Nachricht von der Zurückziehung der Kandidatur der Hohenzollern in Spanien erhalten habe. Der König stellte dem Kanzler anheim, die neue Forderung Benedetti's und die Antwort des Königs sofort den Gesandten und der Presse mitzuthellen. Darauf formulirte der Kanzler Graf Bismarck eine solche Depesche, welche sich lediglich als eine Ausführung des königlichen Auftrags darstellt. Die Depesche ging noch am Abend des 13. Juli an alle Gesandtschaften ab. Um der Meinung entgegenzutreten, als sei der hochselige König nicht seiner eigenen Ansicht gefolgt, verweise ich auf Vorgänge desselben Tages; es findet sich ein Billet des Königs an Welfen in den Akten, worin er anspricht, daß er über die neue Zumutung Comont Oliviers indignirt sei. Daraus geht hervor, daß der König nicht der schwache Mann war, wie er dargestellt wird, und Europa war damals derselben Meinung wie der König. Das beweisen damals bekannt gewordene Erklärungen anderer Regierungen, so der englischen und der russischen, deren Wortlaut der Redner verliest. Damals war die Ansicht allgemein die herrschende, daß nach Zurückziehung der Kandidatur Hohenzollern Frankreich nichts mehr verlangen könne. Wenn das trotzdem geschah, so konnte Frankreich nur den Krieg oder eine Demüthigung Deutschlands wollen. Deutschland hätte aber eine solche Demüthigung nicht hinnehmen können. (Beifall.) Diese Dinge hängen mit der Militärvorlage zusammen. Wenn wir solche Mehrausgaben fordern, so kann es nicht gleichgültig sein, wenn von anderer Seite der Verdacht erregt wird, als hätten wir zu anderer Zeit provokatorische Absichten gehabt. Deswegen habe ich diese Depeschen mitgeteilt. Diese Depeschen sind nach anderer Einsicht werthvoll, weil sie beweisen, daß wir von Frankreich, nachdem wir in jeder Weise entgegengeworfen waren, dennoch mit Krieg überzogen sind. Was geschehen ist, kann wieder geschehen; deshalb müssen wir uns dagegen schützen. Es ist leichter, von diesen Dingen nicht zu sprechen, aber es läßt sich nicht vermeiden. Ich kann Ihnen nichts Neues erzählen, ich kann Ihnen nur die Lage, wie sie sich gestaltet hat, in das Gedächtnis zurückrufen. Wir haben Genu-Vorbringen einverleibt. Die deutschen Fürsten haben das einmüthig als eine endliche Beendigung der Jahrhunderte langen Grenzhandel angesehen. Unsere westlichen Nachbarn liebten in dem Kriege den Ruhm, während wir nur dann Krieg zu führen pflegten, wenn wir reale oder ideale Vorteile erreichen wollten. Wenn die Revanche gefordert wird, wenn die zwei Töchter, welche von der Mutter gerissen sind, zurückgefordert werden sollen, so ist das ein ganz biblisches Bild. Die französische Nation hat seit 1870 kein Opfer gescheut, um ihre Nützlichkeiten zu vervollständigen. Auf die militärischen Einzelheiten will ich nicht eingehen; das wird der militärische Vertreter der verbündeten Regierungen bei geeigneter Gelegenheit thun. Wenn Frankreich heutzutage ein Bündniß schließt, so kann es sich nur von dem Gedanken leiten lassen, eine Revision der europäischen Karte vorzunehmen. Unsere Bündnisse sind auf anderer Basis geschlossen, wir wollen den Frieden sichern. Es giebt nicht den mindesten realen Streitpunkt zwischen Rußland und Preußen, wir bedürfen nichts von Rußland und Rußland nichts von uns. Wenn schon darin eine Bürgschaft liegt, daß wir in guten Beziehungen mit Rußland leben, so liegt eine weitere Sicherheit in der Person des Kaisers von Rußland. Er ist wegen seiner hochherzigen und friedlichen Gesinnung einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Friedens in Europa. Ich weiß auf Grund sicherer Autoritäten, daß der Kaiser von Rußland die Politik, die ich auf Befehl seiner Majestät des Kaisers führe, zu würdigen weiß. Ich bedauere, daß diese Hochachtung vor der Person des Kaisers von Rußland in der Presse nicht getheilt wird, daß unser Pressegesetz uns nicht die Möglichkeit gab, gegen Ausschreitungen nach dieser Richtung hin zu wirken (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), aber es ist nicht zu leugnen, daß andere Dinge in die Waagschale fallen. Es ist in der russischen Nation eine Verstimmung gegen Deutschland zu bemerken, deren Begründung nicht recht zu erkennen ist; wir müssen aber mit dieser Verstimmung rechnen, wie mit einer elementaren Kraft. Sie wirkt mit der Sicherheit eines Naturgesetzes und wenn wir auch hoffen können, daß sie einmal rückläufig wird, so ist bisher doch nichts davon zu bemerken gewesen. Die russische Regierung schreitet zielbewußt in ihren Nützlichkeiten vor; sie hat ihren Präsenzstand auf 1 pCt. der Bevölkerung erhöht und wird vielleicht noch weiter gehen; sie führt ein neues Gewehr ein, u. s. w. Nicht, daß das darauf schließen ließe, daß wir vor einem Krieg stehen, sondern nur darauf, daß Rußland annimmt, sein nächster Krieg würde nicht nach Süden, sondern nach Westen zu führen sein. Danach richten sich die Lokalisation der Truppen und der Ausbau der Eisenbahnen. Allmählig formirt man neue Truppentheile und zieht sie nach dem Westen. Ganz zielbewußt hat die russische Regierung ihre Grenzen nach Westen immer mehr besetzt, die Kavalleriemassen an die Westgrenze gelegt. Es liegt also ein Zustand vor, der heute ebenfalls wenig etwas Bedrohliches und Unangenehmes hat, als vor Jahren, der aber gefährlich werden müßte, wenn wir davor die Augen schließen. Als unser alter Kaiser Wilhelm noch lebte, herrschte eine innige Freundschaft zwischen den Monarchen. Ein realer Kriegsgrund liegt nicht vor, aber der jetzige Kaiser von Rußland kann in eine Lage veretzt werden, wo es ihm als Souverän eines großen Staates nicht anders möglich ist, als zum Kriege zu greifen. Wir haben den Drab, der uns mit Rußland verband, nicht gerissen, wir wünschen nur, daß man uns die Verbindungen nicht stört, welche mit Oesterreich und Italien bestehen. (Zuführung.) Die Haltung der russischen Presse, die nicht bloß Druckerzwänge ist, — denn es steht ja der Regierung jede Handhabe zu Gebote, um eine solche Aeußerung zu unterdrücken — spricht dafür, daß eine Hinneigung zu Frankreich besteht. Ein französisches Blatt

brachte einen Artikel: Flirt ou alliance. Die Franzosen wußten also selbst noch nicht, wie die Sachen eigentlich liegen. Aber zwei Liebende zünden alle Augenblicke Freundschaft an, deren Funken in unsere Höfe fliegen. Dagegen müssen wir uns schützen. Es liegt darin, wie in der ganzen Weltlage, nichts Neues, aber wir müssen uns immer die Frage vorlegen: ist unsere Wehrkraft der Lage noch gewachsen oder nicht? Wenn wir bei der Verhärtung unserer Wehrkraft auch an Ausland denken, so liegt darin nichts Bedrohliches für Rußland. Als wir 1850 nach einer Kampagne mit Ausland zusammen zurückkehrten, haben wir unsere Wehrverfäktung vorgenommen und unser Eisenbahnen ausgebaut. Wir wollen in Frieden bleiben mit Rußland und mit Frankreich, aber wir wollen auch stark sein zum Kriege mit zwei Fronten, nicht als Ausnahme, sondern als das Wahrscheinliche. Es liegt auf der Hand, daß, wenn Rußland die Neigung haben sollte, uns mit Krieg zu überziehen, das Bündniß mit Frankreich ihm jederzeit zur Verfügung steht. Ob Rußland, wenn Frankreich anfängt, eben so geneigt zum Bündniß ist, will ich dahingestellt sein lassen; das Vorhandensein Rußlands aber würde uns Opfer auferlegen. Die Männer von 1813 würden ihren heiligen Zorn über uns ergießen, wenn sie hörten, daß wir, weil wir nicht stark genug sein können, auf jede Klüftung verzichten wollten. Unsere Macht und Weltstellung hängt von der militärischen Rüstungsfähigkeit ab. Auch das größte politische Geschick wird in seinen letzten Handlungen gebunden durch die Frage: welche militärische Konsequenzen kann ich meinen Entschlüssen geben. Je stärker wir sind, desto mehr können wir auf Bundesgenossen rechnen. Wir können heute schon auf Bundesgenossen rechnen. Der Dreibund ist populär wie keine. Wir halten an dem Dreibund fest, und unsere Verbündeten werden ebenso festhalten. Aber das hindert nicht, daß wir mit uns zu Rathe gehen müssen, ob wir stark genug sind und ob der Dreibund als Ganzes stark genug ist. Der Dreibund ist nicht im Stande, die Truppenzahl aufzubringen, welche einem mit Frankreich verbündeten Rußland gegenüber notwendig ist. Jeder Koalitionskrieg hat seine Schwierigkeiten, wie ein einfacher Blick auf den Atlas lehrt. Das Gouvernement Warschau springt in unsere Ohren sehr stark ein und auch auf der anderen Seite ist die Schweiz mit ihrer international garantierten Neutralität ein Hinderniß. Man hat gesagt: Warum soll denn Deutschland immer weiter rüsten, laßt doch die Italiener und die Oesterreicher rüsten. Das wäre das Verbrechen, was wir verlangen könnten. Die deutsche Regierung hat sich von jeher gesucht, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen; sie hat diese Scheu auch noch. Wir würden durch solche Maßregeln nur unsere Verbündeten verstimmen. Wir thun besser, wenn wir uns auf sie verlassen, wie sie sich auf uns verlassen. Uebrigens lassen sich solche Bündnisse in Bezug auf die Truppenzahl garnicht konstatiren. Wenn Preußen und Oesterreich in Schleswig-Holstein eine Kampagne zusammenführen, so kann man sagen: der eine stellt so viel, der andere so viel Truppen. Für den Zukunftskrieg ist so etwas nicht möglich. Immer wird das bestehen bleiben, wenn es zum Kriege kommt, werden wir die Hauptlast auf unsere Schultern nehmen müssen. Das ist keine Unbilligkeit, weil wir von drei Staaten die Einzigen sein werden, welche genöthigt sein werden, nach zwei Fronten zu schlagen. Wenn man sich die Sache so ansieht, entsteht die Frage, wie kam Deutschland in die Lage, daß es die militärische Suprematie über Europa, die es 1871 hatte, verloren hat? Das ist gekommen ohne jede Schuld Deutschlands und der deutschen Verwaltung. Das deutsche Heer hat seit der Zeit unermüdlich gearbeitet; auch von seiten des Reichstages ist das Mögliche geschehen, um die nöthigen Mittel für die Armee zu beschaffen. Ist es denn aber nicht natürlich, daß nach einem großen Kriege, dem kurz zwei andere Kriege folgten, der Sieger weniger bereit zu sein ist, als der Besiegte? Deutschland stand außerdem unter dem Eindruck des freudigen Gefühls, daß es genöthigt war. Es ist natürlich, daß der Sieger die Frage stellt, mit welchem Minimum von Leistungen kann ich die Früchte meines Sieges erhalten, der Besiegte fragt, welche Opfer muß ich bringen, um das Verlorene wieder zu erlangen. Unsere Nachbarn haben ihre Wehrkraft in einer Weise gesteigert, die wir nicht vorhersehen konnten. Wir nahmen Rücksicht, berechnete Rücksicht auf die wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse und machten allmählig einen Schritt vorwärts, bald mit Augen rechts, bald mit Augen links. Man machte in einzelnen Fällen, wo man vor einem nahen Kriege zu stehen glaubte, außerordentliche Anstrengungen. Jetzt glaube mir nicht vor einem nahen Kriege zu stehen, aber wir wollen doch einen tüchtigen Schritt vorwärts machen. In früheren Jahren vermehrte man die Zahl der Dispositionsurheber und kam dabei zu einem System, mit dem es länger nicht mehr weiter geht. Ein weiteres A. Staatsmittel war die Erfindung der Ersatzreserve und ihre zehnjährige Ausbildung. Der Grund der Reorganisation von 1891 lag darin, daß man bei der Mobilmachung von 1890 erkannt hatte, daß man Linie und Landwehr nicht in dieselben Formationen zusammenziehen kann. Die Ausbildung der Ersatzreserve in so kurzer Zeit war bedenklich für die Truppen, weil jedermann, der drei Jahre dienen mußte, sich fragte, weshalb er nicht auch mit 10 Wochen fertig werden könnte. Aus dem System folgte, daß man alte Leute einziehen mußte, während die jungen zu Hause blieben. 1890 erkannte der Kriegsminister die Nothwendigkeit, eine Reform einzuführen und die Armee zu verneuern, damit sie nicht schon im ersten Augenblick nach Ausbruch des Krieges genöthigt war, die ältesten Leute einzuziehen. 1890 im Sommer fanden Verhandlungen zwischen dem Kriegsminister v. Verdy und dem Reichstagskanzler statt; der erste forderte eine Umgestaltung, um die Zukunft Deutschlands nicht zu beeinträchtigen. General v. Verdy entwickelte sein Projekt vor dem preussischen Staatsministerium und begifferte die Kosten auf 117 Millionen Mark. Fürst Bismarck verlangte eine Vermehrung der Reichseinnahmen; am 12. März 1890 erklärte das Staatsministerium, daß die Vorlage schnellig ausgearbeitet werden sollte. Ich stehe auf dem Standpunkte wie Fürst Bismarck; ich habe mir aber gesagt, alles Beforderte ist nicht durchführbar, die Forderung muß eingeschränkt werden. Wir haben noch heute einen Vorrath von jeder Art: unsere Generale, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sind besser, aber es fehlt an der Organisation und an der Jugend. Unsere Mannschaften sind zu alt. Wir wollen verjüngen und verfrischen und verbessern. Wir wollen den Präsenzstand um 88 804 Mann erhöhen. Das sind erhebliche Zahlen. Ich habe jetzt von der rage du nombre gesprochen, aber gewisse Verhältnisse kommen schließlich in Zahlen zum Ausdruck, und es wird bedenklich, wenn die Zahlen zu niedrig sind. Wir müssen auch dabei mit dem Kriege zwischen zwei Fronten rechnen. Man sagt, diese Massen können nicht bewegt werden auf einer Stelle. Das ist richtig, wir wollen sie aber nicht auf einer Stelle bewegen, und wenn uns die Menge der Truppen zu viel wird, so läßt man eben die älteren Leute zu Hause. Wir wollen nicht Zahlen schaffen, sondern Werthe. Der jüngere Mann, der unmittelbar oder nach kurzer Pause aus dem aktiven Dienst in den Krieg geht, hat militärisch einen höheren Werth. Warum sollen wir die älteren Leute, die benachtheiligt werden, einberufen? Wir sind jetzt von einer schmalen Basis, der einjährigen Rekruten-Einstellung ausgegangen und haben immer einen neuen Jahrgang



darauf geklärt. Die Einheit der Jahrgänge muß größer sein, dann wird man nicht nötig haben, die Spitze immer weiter zu erhöhen, die Sache könnte sonst einmal umfallen. Es handelt sich nicht um die Frage, was hat die Landwehr geleistet, sondern was kann man ihr zumuten. Es sind Artikel in militärischen Blättern erschienen, denen die Regierung fernsteht. Sie wurden als Beschimpfung oder Herabwürdigung der Landwehr aufgelegt. Ich weiß nicht wer die Artikel geschrieben hat. Es handelt sich darum, was kann die Landwehr leisten. Ich würde schwer zu einem abfälligen Urteil über die Truppen kommen, denn man kann nicht immer erweisen, welche Umstände auf die Leistungsfähigkeit der Truppen eingewirkt haben. Die Frage muß so gestellt werden: Ist es richtiger, junge Truppen zu verwenden oder ältere, und die Antwort wird sein, daß man die älteren Truppen schonen muß. Dem Streit Linie und Landwehr will ich keine neue Nahrung geben. Das müßte eine schlechte Truppe sein, bei welcher die Mobilmachung nicht eine gewisse Begeisterung erweckt. Der Einiensozial wird das Kasernenleben los, er ist jung; des Lebens Krenge, er wirft sie weg; er zieht ins Feld. Der Landwehrmann ist verheiratet, hat Kinder, hat ein Geschäft; er ist voll Patriotismus und Pflichtgefühl; aber er kommt in andere, ihm nicht mehr gewohnte Verhältnisse; die Wäheligkeiten der Marsche, die Klagen die ihm von Hause nachgeschickt werden, dann kommt die Schlacht; der alte Mann mit dem Tornister auf dem Buckel soll vorgehen und vielleicht noch 900 Meter laufen und Hurrah schreien (Widerspruch links). Der Mann wird es thun, aber seine Opferwilligkeit ist nicht mehr so groß, als die des jungen Mannes. Ich achte die Opfer, welche unser Beurlaubtenstand, Offiziere wie Mannschaften im Kriege bringt, sehr wohl. Es ist viel mehr, was diese heute leisten, als was die Berufsoldaten thun. Die Kriegsdienstmüdigkeit ist das höchste Zeichen, welches der Mensch tragen kann. Ich kann nicht finden, daß in den Artikeln etwas stand, was zu einer solchen Entrüstung Anlaß geben kann, wie sie entstanden ist. Der Name eines deutschen Landwehrmannes wird immer ein Ehrenname bleiben. Die Reorganisation von 1861 sollte die älteren Leute davor schützen, daß sie sofort bei der Mobilmachung herangezogen werden. Denn Linie und Landwehr zusammen in derselben Organisation sind nicht zu verwenden. Soll das Tempo sich richten nach dem schnellen Tempo der Linie oder nach dem langsameren Tempo der Landwehr? Unsere Reserve-Organisationen sind durchschnittlich älter als die französischen und russischen. Die Leute sind verheiratet und dadurch moralisch etwas belastet. Das zweite Aufgebot der Landwehr hatten wir schon abgeschafft, jetzt wird die Landwehr zweiten Aufgebots zu zwei Dritteln an die Küste und an die Grenze geschickt werden müssen; der Rest der Landwehr wird zur Besatzung dienen. Was geht direkt aus der Friedens- in die Kriegsfornation über? Wir wollen die Kriegsfornation auf 4 400 000 Mann bringen, während der Friedensstand nur 500 000 Mann sind. Also für 3/4 bestehen keinerlei Formationen; das stehende Heer muß das Material für alle diese neuen Formationen hergeben. Ich habe den Fall gehabt, daß von der Friedenskompanie auf die Kriegskompanie nur ein Unteroffizier und 19 Mann übergeben; deshalb müssen wir unsere Friedensformationen vernechten. Die Deckung der Militärausgaben soll, wie der „Staats-Anzeiger“ bekannt gegeben hat, durch Einführung indirekter Steuern erfolgen. Daß der Tabak dabei ausgefallen ist, liegt daran, daß die militärischen Anforderungen zuerst höher waren; sie sind erniedrigt worden, sodaß wir auf die Tabaksteuer verzichten konnten. Ein großes Gefährd wird gegen die Biersteuer erhoben werden. Im ganzen kommt von den neuen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung eine Mark und einige Pfennige; das Seidel wird noch nicht um einen halben Pfennig theurer; das macht wenig aus, da jährlich in Deutschland zwei Milliarden für Bier ausgegeben werden. Also eine unerträgliche Belastung ist das nicht. Das Gesetz über die Erbschaftsteuer ist eine Vorbedingung des Gesetzes über die Erhöhung der Präfekturkürte. Der Ertrag soll nach der Bevölkerungszahl geteilt werden. Daher kommt es, daß in den großen Städten, wo ein Zug von jungen Personen vorherrscht, mehr junge Leute zur Stellung gehen, als nach der Volkszahl notwendig sind, daher kommen dann viele frei von der Dienstpflicht. Wir wollen zur zweijährigen Dienstzeit übergehen bei allen Truppen mit Ausnahme der Kavallerie und der reitenden Artillerie. Die dreijährige Dienstzeit wäre uns lieber gewesen, aber wir haben sie jetzt schon lange nicht mehr gehabt. Die verbündeten Regierungen haben sich entschlossen, die zweijährige Dienstzeit anzunehmen. Allerdings wollen wir dafür diejenigen Kompensationen haben, welche wir für notwendig halten. Wir wollen die Reichsverfassung nicht ändern; die dreijährige Dienstzeit ist vorgeschrieben, obschon wir bisher schon eine kürzere Dienstzeit bis zu 10 Wochen herab gehabt haben. Wir wollen aber tatsächlich dauernd, ohne Unterbrechungen und ohne Einschränkung die zweijährige Dienstzeit geben. Nur ausnahmsweise soll eine längere Dienstzeit eintreten, namentlich dann, wenn das Militärstrafgesetzbuch ein Nachsehen vorschreibt. Für die zweijährige Dienstzeit unter gewissen Voraussetzungen ist schon der Kriegsminister von Koon eingetreten. Wir wollen für das Gesetz ein Quinquennat. Die Gründe gegen die einjährige Bewilligung sind erkannt. Wir brauchen aus militärischen Gründen eine längere Frist. — Ich werde mich nun den verbündeten Regierungen zu. Ich bin der Meinung, daß die verbündeten Regierungen diesen Resolutionen soweit nahegekommen sind, als es möglich war. Die erste Resolution war, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von Plänen, welche alle wehrfähigen Mannschaften heranzuziehen wollen, weil die Kosten dafür unerschwinglich wären. Auf diesen letzten Worten liegt der Ton, denn die allgemeine Wehrpflicht ist durch die Verfassung proklamiert. Wenn wir von 117 auf 57 Millionen zurückgegangen sind, so ist der Ausdruck unerschwinglich nicht mehr zureichend. Die unerlösten Pläne, wie man damals sagte, sind eingedämmt. Die zweite Resolution bezog sich auf die einjährige Bewilligung. Wir haben nicht nur nicht die Offiziere, sondern auch die Unteroffiziere aus der Zahl der festgelegten Truppen herausgenommen, sie unterließen also der jährlichen Bewilligung. Die dritte Resolution verlangte die Vermehrung der Dispositionsdurlauber, die vierte die zweijährige Dienstzeit. Diesen Resolutionen sind wir nach Möglichkeit entgegengekommen. Die Vorlage ist natürlich unwillkommen. Aber der Krieg ist noch unwillkommener und eine Niederlage würde das Unwillkommene sein. Mein Amtsvorgänger hat eine Rede über die Folgen einer solchen Niederlage gehalten, aber der Eindruck scheint nicht tief genug gemessen zu sein. Ich wünsche, daß jeder einzelne sich darüber klar werden möchte, was eine Niederlage bedeutet. Man spricht vom Moloch des Militarismus, der alles anfresset. Deshalb werden die Ausgaben denn gemacht? Doch nur um jeden einzelnen Deutschen zu geben, was er braucht, um vor einer Niederlage geschützt zu werden. Jeder, auch der Ärmste, kann noch geschützt werden; der Feind würde ihn zum austretenden Dienste heranzuziehen. Deshalb müssen wir eine Niederlage von Deutschland fernhalten. Erleben wir eine Niederlage, dann wäre auch von einer zweijährigen Dienstzeit nicht mehr die Rede, dann würden wir kämpfern müssen, wie unsere Vorfahren. Wenn wir eine Niederlage erleiden, würde es mit dem Export und dem Schatz des Handels im Ausland vorüber sein; deutsche Kunst und Wissenschaft würden dann ihr Ende erreichen. Wir müssen uns klar sein, daß wir den Kampf ums Dasein zu führen haben und müssen uns klar werden, daß wir alles thun müssen, um unsere Pflicht zu erfüllen. Zuerst gegen Gott; die Nation muß sich erhalten, um als Werkzeug Gottes dienen zu können; wir müssen uns als Nation erhalten im Adenken an diejenigen, welche für die deutsche Einheit geblutet haben. Sollen wir uns sagen lassen: die haben ihr Blut gegeben und wir wollen unser Geld nicht geben. (Nurhe links, Zustimmung rechts.) Wir müssen der kommenden Nation das Werkzeug zur Verfügung stellen, mit welchem sie das Erworbene noch einmal erwerben muß, um es

zu besitzen. Vereinigen Sie sich mit den verbündeten Regierungen, um der Nation das zu geben, dessen sie bedarf, damit sie, wenn sie wieder einmal zu den Waffen greifen muß, mit denselben Vertrauen kommen kann, mit dem sie 1870 zu den Fahnen kam, damit wir sagen können: Die Vaterland, magt ruhig sein (Beifall rechts.)  
Nach der 2/4stündigen Rede des Reichskanzlers erhält das Wort  
Abg. Richter: Der Reichskanzler hat die Einbringung der Militärvorlage durch längere Ausführungen zu begründen versucht. Er hat dabei von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht, auch außerhalb der Tagesordnung das Wort zu ergreifen. Ein solches Recht des Reichskanzlers schließt aber das Recht der Reichstagsabgeordneten nicht aus, dem Gehörten eine Erwiderung zu Theil werden zu lassen. Wir wollen von diesem Recht heute keinen Gebrauch machen. Es geschieht dies aber nicht, weil die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers große neue Momente enthalten hätten, welche die Stellungnahme zu der Vorlage ändern könnten. Gemisse Einzelheiten zur Charakteristik der Amtszeit des Fürsten Bismarck waren zu interessant für die Diskussion, welche sich in der Öffentlichkeit schon daran geknüpft hat. Abgesehen aber von diesen Dingen, welche mit der Vorlage unmittelbar nicht zusammenhängen, sind dieselben Ausführungen über die auswärtige Politik auch früher schon gemacht worden. Auch der Hinweis darauf, daß über Sieg oder Niederlage nicht die schon vorhandenen 4 Millionen deutscher Kämpfer entscheiden, sondern die hier streitigen und neu gebildeten, ist bei solchen Gelegenheiten herkömmlich und üblich. Die militärischen Gesichtspunkte, welche der Reichskanzler geltend macht, sind in der Hauptsache in den letzten Wochen und Monaten in der Regierungsvorlage bereits erörtert worden. Es ist die alte Ueberschätzung der militärischen Kräfte und die alte Unterschätzung der wirtschaftlichen und anderen Kräfte, welche durch solche Vorlagen geschädigt werden. (Zustimmung links.) Wenn wir heute in eine weitere Diskussion nicht eintreten, so geschieht dies aus dem einfachen Grunde, weil wir schon in nächster Zeit doppelte Gelegenheiten haben werden, bei der ersten Beratung des Etats und der ersten Beratung dieser Vorlage dem Herrn Reichskanzler eine volle und ganze Antwort zu Theil werden zu lassen. Ich mache diese Ausführungen, um zu verhindern, daß in Zukunft aus dem heutigen ungewöhnlichen Vorgange irgend ein Präjudiz für die Rechte der Reichstagsabgeordneten erwachsen könnte, daß sie nach solchen Reden nicht unmittelbar das Wort ergreifen dürfen. (Beifall links.)  
Präsident von Lepow: Daß ich dem Herrn Abgeordneten nicht das Wort vorenthalten habe würde, wenn er gewünscht hätte, nicht über die uns noch nicht zugegangene Militärvorlage, sondern auf die Worte des Reichskanzlers etwas zu erwidern, beweist schon der Umstand, daß ich den Abgeordneten nicht unterbrochen habe.  
Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr; (Interpellation Petri betreffend den Gebrauch von Scharschüssen von Seiten der Wachtposten; erste Erörterung des Gesetzesentwurfes betreffend die Einheitszeit und betreffend die Jollermäßigung; Rechnungsvorlagen),  
Abgeordnetenhause.  
7. Sitzung vom 23. November, 11 Uhr.  
Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, Dr. Miquel und Kommissarien.  
Die erste Beratung, des Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung direkter Staatssteuern und der Denk- schrift wird fortgesetzt.  
Abg. Friedberg (nat.): In einem Punkte bin ich ein Gegner der Vorlage. Ich will nicht, daß dafür, daß einige entlastet werden, andere belastet werden, und zwar gerade in dem jetzigen Augenblicke, wo die schärfere Einschätzung der Einkommensteuer die Bevölkerung erst sehr hart angefaßt hat. Außerdem ist es ungünstig für eine so große Maßregel, daß wir uns in Konkurrenz befinden mit wichtigen Steuerentwürfen im Reiche. Unter den Reichssteuern findet sich eine Verdoppelung der Börsensteuer, welche gerade die Leute belastet, welche von der Vermögenssteuer angefaßt werden sollen. Bezüglich der Kommunalsteuer-Gesetzgebung hätte ich erwartet, daß die Regierung an die Höflichkeit des Reichs gepocht und eine Remission der Jollervereinsverträge versucht hätte, um den Gemeinden, namentlich den großen Städten, indirekte Steuerquellen zu eröffnen. Das wird allerdings auf der linken Seite des Hauses Anstos erregen; aber ich verweise darauf, daß die freisinnige Stadtverordneten-Versammlung zu Breslau erst vor kurzem die Beibehaltung der Schlachtsteuer beschloffen hat! Die Vermögenssteuer soll eine doppelte Aufgabe erfüllen: sie soll den Anstos decken helfen, welchen der Staat erleidet, sie soll ferner eine Verbefugung des fundierten Einkommens bilden. Da müßte mindestens die Steuererhöhung bis auf 4 pSt. bei Einkommen über 100 000 M. wieder beseitigt werden. Besonders sozialistisch aber ist das tiefe Eindringen in die einzelnen Verhältnisse. Die Veranlagungsgrundlagen sind auch für einfache Leute schwer verständlich. Wenn der Steuerzahler sein Vermögen nach dem Vorlesens berechnen soll, dann müßte die Regierung ihm auch dazu Salinger's Briefenpapier zur Verfügung stellen, damit er sich darüber orientieren kann. Ein weiterer Fehler ist, daß alle Vermögensobjekte gleich behandelt werden, gleichgültig ob sie ein Einkommen direkt ergeben oder erst dann, wenn sie verkauft werden. So verschiedenartige Objekte dürfen nicht mit denselben Zuschlägen belegt werden. Wenn große Vermögensobjekte keinen Vortrag geben, so sollten sie auch keine Steuer bezahlen. Aber wenn man solche Objekte treffen will, so sollte man da für eine Aufwandssteuer einführen, die im vorigen Jahre abgelehnt ist, oder man kann eine erhebliche Besitzwechsel-Steuer einführen. Empfehlenswerth wäre die Erbschaftsteuer, die z. B. in Dänemark bei Steuerfällen von 1—7 pSt. 1/2 Millionen Mark erlegt, was für Preußen der Bevölkerungszahl nach einen Ertrag von 25 Millionen Mark bedeuten würde. Am besten ist aber die Heranziehung des fundierten Einkommens innerhalb der Einkommensteuer, wie dies in Italien geschieht. Ich würde das Arbeitseinkommen mit dem jetzigen Satze besteuern, das gemischte Einkommen aus Landwirtschaft und Gewerbe mit einem höheren Satze, und das reine Kapitaleinkommen mit dem höchsten Satze. Dadurch erhalten wir auch die Garantie, daß zu den hohen Steuersätzen der Einkommen zwar keine Zuschläge mehr erhoben werden, während bei der Vermögenssteuer diese Garantie nicht vorliegt. Dem Reformplan kann ich nicht zustimmen, wenn nicht eine Reform des Wahlrechts durchgeführt wird; ich muß protestieren gegen ein Wahlrecht, welches sich gründet auf fingierte oder erlassene Steuer. Es fehlt noch ein Verbindungsglied für die 120 Millionen, welche aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer angeamvelt werden. Denn es ist eine eigenartige Annahme, daß eine Ergänzungssteuer verlangt wird in einem Momente, wo noch 120 Millionen Mark, für diesen Zweck gesetzlich festgelegt, vorhanden. Der Vorschlag des Herrn v. Hüene, die Gewerbesteuer und Bergwerksteuer aus dem Rahmen der Vorlage wegzulassen, ist ein sehr agrarischer; seine Annahme würde für ein gleichbedeutend sein mit der Ablehnung der ganzen Vorlage. Denn dann wäre ein schweres Unrecht bestehen geblieben, die Gewerbetreibenden würden geschädigt werden zu Gunsten der Grund- und Gebäudebesitzer. Für die großen Städte und die industriellen Landgemeinden ist die Gewerbesteuer die Hauptsteuerquelle. Bezüglich des Gemeindeabgabengesetzes habe ich zunächst die Empfehlung gehabt, daß die Vorschriften nicht zwingend genug sind; aber aus den Erörterungen im Kreise meiner politischen Freunde habe ich gesehen, daß bei den verschiedenartigen Verhältnissen des Landes die Vorschriften nicht so zwingend sein dürfen, wie es wünschenswert wäre. Ich hoffe, daß es gelingen wird durch Aufhebung

der Vermögenssteuer den Plan zur Durchführung zu bringen und ein Werk zu vollenden, was zwar nicht für ewige Zeiten ist, aber dem Ideal der Gerechtigkeit möglichst nahe kommt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)  
Finanzminister Miquel: In Bezug auf den Widerspruch gegen den Vorschlag des Herrn von Hüene, die Gewerbe- und Bergwerksteuer aus dem Rahmen der Ueberschüsse auszuschließen, kann ich mich dem Vorredner nur anschließen, aber nicht in bezug auf seine übrigen Ausführungen. Die Vertheilung des Kapitals war unbillig, denn die Regierung beabsichtigt gar nicht, einseitig auf das Kapital loszuschlagen; sie will das Kapitalvermögen und das gewerbliche und landwirtschaftliche Vermögen vollständig gleichmäßig besteuern. Ein Wahlgesetz soll noch in dieser Session, sobald als thunlich vorgelegt werden. Die Regierung konnte eine Entscheidung darüber noch nicht treffen, denn wenn das Wahlrecht nach der ersten Zahlung bemessen werden soll, muß die Regierung erst wissen, wie die Steuern vertheilt werden. Das Haus hat es immer in der Hand, das Wahlgesetz mit der Reform zu verknüpfen. Der Vorredner vermißt ein Verwendungsgesetz. Wenn die Steuerreform durchgeführt wird, so werden manche Härten entfallen, wenigstens in der ersten Zeit. Wenn wir die 120 Millionen verwenden, um den hilflosesten Gemeinden, welche besonders belastet werden durch die Schulden, in diesem Gebiete zu Hilfe zu kommen, so wird der Vorredner dagegen wohl nichts einzuwenden haben. (Beifall rechts.)  
Abg. Graf zu Eulenburg (konf.) spricht im wesentlichen für die Vorlage. Im ganzen erscheint seine Partei der vorgelegte Reformplan als eine geniale Schöpfung.  
Abg. Hansen (fr.): Es ist mir vor allem sehr zweifelhaft, ob das Verlangen der Rückzahlung, der für die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiung gezahlten Entschädigungen zu rechtfertigen ist; die Verhältnisse in den Erbzugsstädten sprechen durchaus dagegen, namentlich würden die Kanon-Bauern ganz außerordentlich schwer von dieser Forderung betroffen. Ich hoffe, daß die Kommission hier Gerechtigkeit walten lassen wird.  
Abg. Krause (nl.) hält den Reformplan für einen großen und guten und steht nicht auf dem ablehnenden Standpunkt des Herrn Herrfurth.  
Abg. Meyer-Berlin (fr.): Die alte historische Grundsteuer zu beseitigen halte ich für einen überaus bedenklichen Fehler und die neu eingeführte ohne Entschädigung wieder aufzuheben für eine Undegreiflichkeit. 1878—81 hat gerade die Regierung uns entgegengesehen, daß, wenn sie aufgehoben würde, eine unbillige Bevorzugung der Gutsbesitzer stattfinden würde. Das Kommunalsteuer-Gesetz entspricht unseren Erwartungen nicht. Die früheren Ankündigungen im „Staats-Anzeiger“ hatten große Erwartungen geweckt, die sich nicht erfüllt haben. Ich halte die Grundlage des ganzen Steuerreformplanes, das Kommunalsteuer-Gesetz für falsch; Sie (rechts) sehen für die Grundlag den Ertrag der Grundsteuer an; der gefällt Ihnen, darum stimmen Sie dem Plane zu. Die Hauptsache ist die Reform des Wahlrechts, welche jetzt auch das Zentrum wieder verlangt. Man glaubt anscheinend das Dreiklassen-Wahlrecht nun retten zu können, indem man es in eine Verbesserungskasse bringt. Ich glaube das nicht; das Dreiklassen-Wahlrecht wird auf dem Wege dahin verschwinden (Heiterkeit und Beifall).  
Abg. v. Kröcher (konf.): Für eine weitere Ausdehnung des Stimmrechtes sind wir nicht zu haben. Die freisinnigen Vorwürfe gegen den verschuldeten Grundbesitz lassen mich kalt; ich bin stolz darauf, der Verleger der „Kreuz-Zeitung“, nach seiner Meinung das Organ des verschuldeten Grundbesitzes, zu sein. Der Grundbesitz ist tatsächlich sehr verschuldet; wenn die verschuldeten 20 pSt. aller betragen, so wäre das schon sehr hoch. Wenn immer fort von einer Mehrbelastung durch die Einkommensteuer gesprochen wird, so ist das auch unredlich; denn die Leute haben doch nicht mehr Einkommen angegeben, sondern es sind lediglich die Sätze in den höheren Stufen höher bemessen. Was die Rückzahlung der Grundsteuerentfchädigung betrifft, so müssen nach meiner Meinung entweder alle Entschädigten zurückzahlen, oder nur diejenigen Besitzer, die sich noch im Besitze befinden. Das Vermögenssteuer-Gesetz muß gründlich umgearbeitet werden, wenn es annehmbar werden soll, namentlich in den Bestimmungen, die die Schätzungen des Grundwertes betreffen. (Beifall rechts und im Zentrum.)  
Abg. Wachen (3.): Für uns ist und bleibt die Vorbedingung für unsere Zustimmung zu den Vorlagen die Aenderung des Wahlrechts nach der Richtung einer gründlichen Einschränkung der plutokratischen Wirkungen der Steuerreform. Der Finanzminister hat vorgeschlagen die Fassung, daß der betreffende Entwurf uns noch im Laufe der Session vorgelegt wird, ohne jede Klausel abgegeben. Wir werden ihn beim Wort nehmen. In der Sache selbst halten wir die Ueberschüsse der Gewerbesteuer und der Bergwerksteuer für lange nicht so dringlich, als die Ueberschüsse der Grund- und Gebäudesteuer. Die Aufhebung der lex Hüene können wir für einen ersten Schritt zur Aufhebung der Kommode nicht ansehen, sonst würden wir uns allerdings überlegen, ob wir diesen Schritt thun sollen. Die Vermögenssteuer, wie sie liegt, kann unmöglich so bewilligt werden, darüber ist das ganze Haus einig; es muß vor allem auch hier der Grundlag der Leistungsfähigkeit zur Geltung gelangen. Die kleinen Vermögen müssen frei bleiben, die Einkommensmodalitäten, die lediglich zur unangenehmsten Schikane führen könnten, müssen gänzlich umgearbeitet werden. Die Möglichkeit, auch in den Städten wieder zur Vermehrung der bescheidenen Elemente zu kommen, macht für mich die Ueberschüsse der Gebäudesteuer aus sozialpolitischen Rücksichten zur Hauptsache. (Beifall im Zentrum.)  
Abg. Schröder (Vole) spricht sich über den Steuerreformplan im wesentlichen zustimmend aus, namentlich begrüßt er die Absicht des vollen Erlasses der Grund- und Gebäudesteuer als eine wirklich reformatorische Maßregel.  
Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.  
Beschluss über die geschäftliche Behandlung der Vorlage soll erst nach Beendigung der ersten Lesungen des Vermögens- und des Kommunalsteuer-Gesetzes gefaßt werden.  
Schluß nach 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Vermögens- und Kommunalsteuerge.)  
Parteinachrichten.  
Bei den Gewerbegerichtswahlen in Plauen i. O. errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg.  
Eine von den Antisemiten einberufene Volksversammlung in Schwetzingen (Baden) nahm eine Resolution an, in welcher gegen die antisemitischen Konfessionsblätter protestiert und nur diejenige Partei als die richtige anerkannt wird, welche die Religion zur Privatangelegenheit erklärt. Die antisemitischen Delegierten hatten sich angesichts der intelligenten Menge, welche zur Versammlung erschienen war, mit ihrem Geschwätz gar nicht hervorzuwagen, sondern waren nach Plauen abgetrieben, wo sie dann hinter verschlossenen Thüren tagten.  
In Seckenheim (Baden) wurde nach einem Referate über die Militärvorlage die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins beschlossen, zu dem sich sofort 35 Mann als Mitglieder meldeten.  
Die Sozialdemokratie Südböhmens beabsichtigt zu Weihnachten eine südböhmische Konferenz abzuhalten.  
Zotenliste der Partei. Gestorben in Neumünster der Tischler Magnus Brös.







